

## E Anwendungen

Ziel dieser Begriffsstudie ist die methodologische Grundsteinlegung für die Untersuchung von Repräsentationszusammenhängen. Dazu wurde versucht, den Begriff der Repräsentation in seiner ganzen Vielfalt darzustellen, aber auch seine Grenzen abzustecken und inneren Strukturen aufzudecken. Mit den in Kapitel C herausgearbeiteten grundlegenden Struktureigenschaften der Repräsentation sowie der im Kapitel D aufgestellten Typologie der potenziell durch die Repräsentation erbringbaren Funktionsleistungen ist diese Grundsteinlegung im Grunde abgeschlossen. Eine methodologische – und insofern auf die empirische Analysierbarkeit zielende – Untersuchung wäre allerdings ohne die zumindest stichprobenartige Überprüfung ihrer Praxistauglichkeit nicht ganz vollständig. Entsprechend steht in diesem letzten Kapitel die konkrete Anwendbarkeit der im Laufe der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse im Mittelpunkt.

Hierzu wird zunächst ein schematisches Vorgehen in fünf Schritten – eine Art Gebrauchsanweisung – vorgeschlagen. Im Anschluss daran soll diese Schrittfolge auf zwei konkrete Beispiele angewendet werden. Die damit verbundene empirische Analyse ist in beiden Fällen als exemplarisch zu verstehen. Es geht nicht darum, die Beispiele erschöpfend zu bearbeiten. Ziel des Kapitels ist es vielmehr, das mögliche Anwendungsspektrum dieser Begriffsstudie auszuleuchten. Dies soll auf zwei Ebenen geschehen: Zum einen werden in der Handlungs- sowie der symbolischen Repräsentation zwei sehr unterschiedliche, zum anderen quantitativ-analytisch sehr unterschiedlich gut erschlossene, Funktionskontexte in den Blick genommen. Während es sich bei der politikinhaltlichen Handlungsrepräsentation um einen in der empirischen Repräsentationsforschung regelmäßig und umfänglich untersuchten Zusammenhang handelt, ist dahingehend auf dem Feld der symbolischen Repräsentation noch Pionierarbeit zu leisten.

Angesichts der wahrgenommenen Diskrepanz von theoretischem Forschungsdiskurs und quantitativ-empirischer Repräsentationsforschung (vgl. Sabl 2017) erscheint ein Brückenschlag besonders lohnend. Entsprechend werden beide Beispielanalysen mithilfe quantitativer Methoden durchgeführt. Prinzipiell eignet sich die vorgeschlagene Gebrauchsanweisung allerdings ebenso gut für qualitative Forschungsdesigns.



# 1. Anwendung der Systematik – eine Gebrauchsanweisung

---

Jede Untersuchung eines konkreten Repräsentationszusammenhangs basiert auf verschiedenen explizit oder implizit getroffenen methodologischen Entscheidungen. Um die Entscheidungen und die ihnen vorangehenden Abwägungen auf eine bewusste Ebene zu heben, schlage ich vor, sie in fünf Schritte zu unterteilen:

1. **Identifikation der relevanten Funktionsaspekte:** Ausgehend von einem konkret zu untersuchenden Repräsentationszusammenhang wird zunächst die Funktionstypologie (Tabellen 2 bis 6, Spalte 1) befragt, welche (möglichen) Funktionsleistungen der Repräsentation für die Analyse relevant sind. Ziel ist es einerseits, möglichst alle für die Fragestellung wichtigen Aspekte einzubeziehen und andererseits alle übrigen begründet auszuschließen. Die Gliederung in fünf Hauptfunktionen mit jeweils mehreren Funktionsaspekten legt ein mehrstufiges Vorgehen nahe. In vielen Fällen wird die Entscheidung auf eine der Hauptfunktionen fallen. Bei breiter gefassten Fragestellungen – etwa: »Wie gut repräsentiert die Bundesregierung die deutsche Bevölkerung?« oder »Vertritt der Bundesverband der Deutschen Industrie die deutsche Industrie?« – kann es aber auch geboten sein, unterschiedliche Funktionsbereiche zu berücksichtigen und sie ggf. unterschiedlich zu priorisieren.
2. **Bestimmung der zu untersuchenden Beziehung:** Repräsentationen können – wie in Kapitel B.2.3 gesehen – in sehr unterschiedlichen Kontexten stattfinden. Im zweiten Schritt gilt es genauer abzustecken, welche Art von Repräsentationsbeziehung in den Blick genommen werden soll: Wer repräsentiert, wer wird repräsentiert und durch welche Form von Beziehung – beispielsweise staatlich oder nicht staatlich, spezifisch oder allgemein, implizit oder explizit, formalisiert oder informell, kooperativ oder nicht-kooperativ, systemisch oder dyadisch – sind die beiden Seiten der Repräsentation miteinander verbunden?
3. **Auswahl der Evaluationskriterien und grundlegende Konzeption:** Je nach ausgewähltem Funktionsbereich und Art der Beziehung kommen ein oder mehrere in der Typologie genannte Kriterien infrage (Tabellen 2 bis 6, Spalte 2), mithilfe derer die Erfüllung der zugehörigen Funktion bewertet werden kann. Im dritten

Schritt wird eine zum theoretischen Kontext der Fragestellung passende Auswahl getroffen und ein grundlegendes empirisches Modell bzw. verschiedene Modelle zur Überprüfung der Kriterien skizziert. In der Typologie werden hierfür zu jedem Kriterium ein oder mehrere Evaluationsansätze vorgeschlagen, die allerdings nicht als erschöpfend zu verstehen sind.

4. **Begriffstheoretische Ausrichtung des Modells:** Mithilfe der in Kapitel C.6 herausgearbeiteten grundlegenden Charakteristika der Repräsentation lässt sich das im dritten Schritt aufgestellte Basismodell noch einmal grundsätzlich auf seine Passfähigkeit und Vollständigkeit hin prüfen und ggf. ergänzen. Dies betrifft insbesondere die Frage, inwiefern das Modell den spezifischen Eigenheiten der Repräsentation generell und dem untersuchten Repräsentationszusammenhang im Besonderen gerecht wird und welche Abstriche hierbei möglicherweise in Kauf genommen werden. So kann es beispielsweise eine absichtsvolle Analyseentscheidung sein, bestimmte Aspekte der Repräsentation – z.B. ihre Prozesshaftigkeit (Punkt 2) oder Wechselseitigkeit (Punkt 9) – auszuklammern oder die Allgemeingültigkeit bestimmter Konventionen der Repräsentation (Punkt 4) vorauszusetzen. In diesem Fall helfen die neun Punkte, solche Entscheidungen bewusst und transparent zu machen. Die Feststellung analytischer Fehlstellen bietet andererseits die Möglichkeit, die gewählten Instrumente so zu modifizieren, dass sie zu den Charakteristika der Repräsentation passen, oder weitere, diesen Mangel kompensierende, Instrumente zu ergänzen.
5. **Operationalisierung:** Am Ende der vorbereitenden Überlegungen steht die konkrete Operationalisierung. Hierzu werden zur in den ersten Schritten erarbeiteten Konzeption passende Analysevariablen identifiziert und eine entsprechende Datengrundlage ausgewählt bzw. selbst erhoben. Ebenso muss entschieden werden, welche Methode geeignet ist, den zu untersuchenden Repräsentationszusammenhang zu analysieren. In einigen Fällen enthalten die in der Typologie formulierten Ansätze (Tabellen 2 bis 6, Spalte 3) bereits implizite methodologische Erwägungen – und legen etwa eher eine quantitative oder qualitative sowie eine eher confirmatorische oder explorative Herangehensweise nahe. In Anerkennung des Facettenreichtums der Repräsentation bleibt die hier vorgelegte Systematik allerdings bewusst offen für sehr unterschiedliche methodische Zugänge.

Die vorgeschlagene Schrittfolge ist selbstverständlich als schematisch zu verstehen. Sie soll eine grobe Orientierung bieten, kein starres Raster. Im konkreten Anwendungsfall können die hier klar voneinander abgegrenzten Schritte sowie die damit verbundenen methodologischen Entscheidungen verschwimmen. Eine eindeutige zeitliche Hierarchie ist häufig weder sinnvoll noch möglich. So lässt sich etwa der konkrete konzeptionelle Zuschnitt in der Regel nicht ohne Berücksichtigung der Datenverfügbarkeit festlegen. Auch ist die hier vorgeschlagene Abfolge der Schritte

nicht als fixiert zu verstehen. Der Fokus dieser Gebrauchsanweisung liegt auf der Frage, ob Repräsentation gelingt, weshalb die Repräsentationsfunktionen als Rahmen dieses Gelingens an den Anfang der methodologischen Erwägungen gestellt werden. Alle weiteren Überlegungen bauen dann auf den identifizierten Funktionsbereich auf. Ebenso sinnvoll kann es allerdings sein, den konkreten Repräsentationszusammenhang (Schritt 2) zum Ausgangspunkt zu machen.

Ziel dieser Systematik ist es, empirische Untersuchungen vorzubereiten. Der Fokus liegt insofern auf den der eigentlichen Analyse vorangehenden Überlegungen, die hier zu Illustrationszwecken relativ kleinteilig und in strikter Abfolge ausgeführt werden. Entsprechend folgen die nachfolgenden Beispielanalysen nicht der klassischen, aus Zeitschriftenartikeln bekannten Struktur empirischer Analysen, in denen Forschungsstand, Datenwahl und Methoden bereits in der Einleitung skizziert werden. Stattdessen werden diese Elemente – ausgehend von den in Schritt 1 gewählten Funktionsaspekten – schrittweise herausgearbeitet. Ebenso werden üblicherweise eher implizit dargestellte Abwägungen – wie etwa die Nichtberücksichtigung bestimmter Funktionsaspekte (Schritt 1), die Auswahl der Kriterien (Schritt 3) oder die begriffstheoretische Schärfung des Modells (Schritt 4) – hier ins Blickfeld gerückt. Um die methodologischen Überlegungen für die beiden bearbeiteten Fallbeispiele zu motivieren, werden im Anschluss an die vorbereitende Schrittfolge auch dazu passende empirische Analysen durchgeführt. Der fünfte und letzte Schritt, die Operationalisierung, geht direkt in die tatsächliche Anwendung über.

Während das Hauptaugenmerk dieser Arbeit auf der methodologischen Vorbereitung empirischer Analysen liegt, gehen die Anwendungsmöglichkeiten der herausgearbeiteten Charakteristika und Funktionsleistungen der politischen Repräsentation weit über diesen konzeptionellen Rahmen hinaus: Ebenso können sie dazu dienen, empirische Ergebnisse einzuordnen und zu interpretieren sowie analytische Vereinfachungen und Forschungslücken zu identifizieren. Anhand der folgenden Beispielanalysen wird diese Einsatzmöglichkeit an verschiedenen Stellen angedeutet.



## 2. Beispiel 1: Die Vertretung politischer Ziele durch den Deutschen Bundestag

---

Wie diese noch abstrakte Gebrauchsanweisung in der Praxis umsetzbar ist, soll nun an einem ersten Beispiel nachvollzogen werden. Hierfür wird der Fragestellung nachgegangen, ob und inwiefern der Deutsche Bundestag die Wahlbevölkerung politikinhaltlich repräsentiert. Dabei handelt es sich um ein seit der wegweisenden Arbeit von Miller und Stokes (1963) zur Repräsentation der US-amerikanischen Bevölkerung durch den Kongress typisches Vorhaben der Repräsentationsforschung (vgl. etwa Angelucci et al. 2020; Freire et al. 2021; Kübler & Schäfer 2022). Eine entsprechende Analyse muss insofern weder theoretisch noch methodisch bei null beginnen. Sie kann im Gegenteil auf bereits vielfach diskutierte Argumente und bewährte Messinstrumente zurückgreifen. Ob die Funktionssystematik dennoch auch für diesen, methodologisch bereits gut erschlossenen Fall fruchtbar sein kann, soll mithilfe der folgenden Anwendung überprüft werden.

### Schritt 1: Identifikation der relevanten Funktionsaspekte

Die durch die Fragestellung adressierte Repräsentationsbeziehung zielt auf eine inhaltliche Präsenz der Repräsentierten. Was darunter zu verstehen ist, kann grundsätzlich unterschiedlich weit gefasst werden. So lassen sich beispielsweise die *Schaffung von Handlungsräumen* der Autorisierungsdimension, die *Herstellung von Transparenz* der Verantwortungsrepräsentation oder die *Darstellung gruppenspezifischer Perspektiven* als Teilaspekt der Deskription unter diesen Begriff fassen. Üblicherweise wird das Ziel einer inhaltlichen Präsenz allerdings deutlich enger gefasst und demokratietheoretisch auf die Idee eines *principal-agent*- (vgl. Mansbridge 2009: 369) bzw. *mandate*-Verhältnisses (vgl. Lesschaeve 2017: 154) zwischen den Repräsentierten und Repräsentierenden beschränkt. Inhaltlich präsent werden die *principals* demnach, indem die *agents* ihren Instruktionen gemäß handeln, also bestimmte Wünsche und Vorstellungen so weit wie möglich in die Tat umsetzen. Der Vertretungszusammenhang wird insofern als *Handlungs- und Prozessrepräsentation* (vgl. Tabelle 4, Spalte 1) mit der entscheidenden Funktion der *Zielrepräsentation* verstanden. Unter den La-

bels der *substantive, policy* oder *interest representation* gilt dieser Ansatz als »standard account« (Brito Vieira 2017: 9) der Repräsentationsforschung.

Zwar wird das demokratische Repräsentationsgeschehen nicht notwendigerweise auf diesen Aspekt der Repräsentationsbeziehung reduziert, zumindest aber spielt er die für die Evaluation entscheidende Rolle. Umfang und Intensität der Vertretung werden hierbei zum zentralen Kriterium der demokratischen Qualität repräsentativer Systeme (vgl. etwa Lembcke 2016: 29f.; Rosset & Stecker 2019: 145). Insbesondere wird die programmatisch-ideologische Distanz zwischen den Repräsentierten und Repräsentierenden zum Prüfstein einer funktionierenden Repräsentation (vgl. Hare & Monogan 2020; Schäfer & Debus 2018; Dalton 2017; Broockman 2016; Rohrschneider 2002). Eine mangelnde oder ungleiche inhaltliche Berücksichtigung der Repräsentierten gilt demnach als demokratisch bedenkliches »Repräsentationsdefizit« (Thaa & Linden 2014: 71) oder »Repräsentationslücke« (Patzelt 2018). Insofern ist die Vermutung einer unausgewogenen Repräsentation spezifischer Themenfelder oder asymmetrisch und zulasten einer oder verschiedener Gruppen vertretener Politikpositionen Ausgangspunkt zahlreicher Analysen (vgl. etwa Hahn 2024; Lupu & Pontusson 2023; Schakel & Hakhverdian 2018; Reher 2018; Lesschaeve 2017; Bernauer et al. 2015; Lefkofridi et al. 2014; Giger et al. 2012; Enns & Wleziën 2011; Soroka & Wleziën 2008). Auch an generellen Untersuchungen zur Qualität einer inhaltlichen Repräsentation durch den Bundestag (vgl. etwa Geese & Schwemmer 2019; Elsässer et al. 2017) oder andere Parlamente (vgl. etwa Hense & Schäfer 2022; Angelucci et al. 2020; Freire et al. 2021; Becher & Menéndez Gonzáles 2019; Sorace 2018; Celis 2008; Marsh & Norris 1997; Miller & Stokes 1963), Regierungen (vgl. Rosset & Stecker 2019; Reher 2018; Page & Shapiro 1983), Parteien (vgl. Lesschaeve 2017; Dalton 2017; Wessels 2011; Blais & Bodet 2006) oder einzelne Abgeordnete (vgl. Gerber & Lewis 2004; Eulau 1987, Converse & Pierce 1986) herrscht in der Repräsentationsforschung kein Mangel.

An diesem relativ engen Verständnis inhaltlicher Repräsentation soll sich auch diese Beispielanalyse orientieren. Explizit ausgeklammert wird somit die zweite Funktion der *Handlungs- und Prozessrepräsentation*, die *Erzeugung von Handlungspräsenz*. Bei dieser geht es weniger um die direkte inhaltliche Vertretung der Repräsentierten als vielmehr darum, sie in die Lage zu versetzen, sich in gewissem Maße selbst vertreten zu können.

Die *Zielrepräsentation* umfasst – neben der Berücksichtigung und Erfüllung (*Vertretung politischer Ziele*) – auch die wenigstens implizite *Konstruktion und Verdichtung politischer Ziele* durch die Repräsentierten. Sie ist nicht nur Voraussetzung einer politischen Vertretung, sondern kann auch als Teil der eigentlichen Vertretungsleistung verstanden werden, da sie es den Repräsentierten erst erlaubt, ihre jeweiligen Ziele als solche zu erkennen. In den allermeisten quantitativen Analysen bleibt dieser Aspekt unterbeleuchtet und die zu repräsentierenden Themen und Interessen werden als exogen bzw. bereits vor Beginn der untersuchten Repräsentation kon-

struiert vorausgesetzt. Diese Vereinfachung ist dann nachvollziehbar, wenn man unterstellt, dass Repräsentierte wie auch Repräsentierende die politischen Themen als bereits konstituiert wahrnehmen. Allerdings wird damit – auch hier – ein wichtiger Aspekt des Repräsentationsgeschehens ausgeblendet.<sup>1</sup> Der Analysefokus wird somit auf die *Vertretung politischer Ziele* gelegt.

## Schritt 2: Bestimmung der zu untersuchenden Beziehung

Im Fokus der Analyse steht die Vertretungsbeziehung zwischen den Wähler:innen und ihren jeweiligen Bundestagsabgeordneten. Zwischen ihnen besteht eine formalisierte, durch den Wahlvorgang initiierte Beziehung, die durch das Wahlrecht bestimmt wird.<sup>2</sup> Darüber hinaus denkbare nicht-formalisierte Repräsentationsbeziehungen im Sinne einer *surrogate*-Repräsentation (Mansbridge 2003) – etwa zwischen sich als Minderheitenvertreter:innen verstehenden Abgeordneten und der entsprechenden Minderheit – werden in diesem Beispiel nicht berücksichtigt. Angesichts des für die Wahl zum Bundestag geltenden personalisierten Verhältniswahlrechts mit Erst- und Zweitstimme (vgl. Pappi et al. 2021: 9ff.) könnten grundsätzlich die Beziehungen zwischen Wähler:in und Wahlkreiskandidat:in sowie zwischen Wähler:in und gewählter Partei in den Blick genommen werden.

- 
- 1 Einige Möglichkeiten, diese Lücke zu schließen, sollen zumindest angedeutet werden: Das erste Kriterium der *Konstruktion und Verdichtung politischer Ziele*, die *Kenntnis potenzieller Ziele*, erfüllen die Repräsentierenden etwa, wenn sie gut mit den Gegebenheiten ihrer jeweiligen Wahlkreise vertraut sind. Converse und Pierce (1986: 636–638) vergleichen etwa die von den Kandidat:innen geschätzten mit den demoskopisch erhobenen Wahlkreispositionen. Weitere mögliche Ansatzpunkte finden sich in der Comparative Candidate Survey (CCS 2023), in der die politischen Kandidat:innen beispielsweise nach der Priorisierung lokaler Themen oder ihrer Zugänglichkeit für ihre Wähler:innen befragt werden. Das jeweilige Repräsentationsrollenverständnis – klassischerweise werden *trustee*, *delegate* und *politico* unterschieden (Wahlke et al. 1962) – kann Aufschluss über die Bereitschaft geben, unterschiedliche Ziele und Handlungsoptionen in Erwägung zu ziehen. Die *Formulierung vertretbarer politischer Positionen* als zweite Komponente der *Konstruktion und Verdichtung* nimmt in den Blick, ob Repräsentierende politische Zielsetzungen vertreten, aber auch, ob sie von den potenziellen Wähler:innen mit diesen Themen verbunden werden. Mögliche Zugänge sind einerseits die Analyse von Wahlprogrammen oder sonstigen politischen Auskünften auf ihre Kohärenz und Deutlichkeit hin, andererseits die Auswertung von Befragungsdaten, mit welchen Themen die Repräsentierenden verbunden werden. Medienanalysen oder die Auswertung von Bundestagsdebatten können zudem Aufschluss darüber geben, ob es den Repräsentant:innen gelingt, ihre Themen auf der politischen Agenda zu platzieren.
  - 2 Generell sollte bei der Bestimmung der Beziehungsform das jeweilige Regierungssystem berücksichtigt werden, um dieses nicht an unrealistischen Maßstäben zu messen (Chiaromonte 2020: 164).

Da in der Bundesrepublik Deutschland auch für die Direktwahl die Parteizugehörigkeit eine entscheidende Rolle spielt, sich die Abgeordneten nach der Wahl in der Regel vollständig einer mit der Partei korrespondierenden Bundestagsfraktion anschließen und im Bundestag zudem eine hohe Fraktionsdisziplin herrscht (Sieberer 2010), wird hier nur die zweite Variante in Form von Wähler:innen-Partei-Dyaden untersucht.<sup>3</sup>

Im Unterschied zur dyadischen Repräsentationsbeziehung, die klar benennbare Repräsentant:innen verlangt, berücksichtigt eine systemische Beziehung auch solche Repräsentationsleistungen, die sich nicht eindeutig zuordnen lassen, sondern dem Zusammenspiel verschiedener Akteur:innen entspringen. In Bezugnahme auf Artikel 38 (1) des Grundgesetzes, wonach die »Abgeordneten des Deutschen Bundestages [...] Vertreter des ganzen Volkes« sind, lässt sich auch die Existenz einer solchen systemischen Beziehung zwischen den Wähler:innen und dem Bundestag in seiner Gesamtheit plausibilisieren, die hier ebenfalls in den Blick genommen werden soll.

Zusammengefasst sollen also die Beziehungen zwischen Wähler:innen und den von ihnen präferierten Parteien bzw. Bundestagsfraktionen sowie die zwischen Wähler:innen und Gesamtparlament untersucht werden.

### Schritt 3: Auswahl der Evaluationskriterien und grundlegende Konzeption

Zum in Schritt 1 ausgewählten Funktionsaspekt der *Vertretung politischer Ziele* werden in der Systematik (Tabelle 4, Spalte 2) insgesamt drei mögliche Kriterien gelingender Repräsentation genannt: die *Zielberücksichtigung*, die *Zielentsprechung* sowie die *Zielerfüllung*. Alle drei stehen miteinander in Wechselwirkung und die Erfüllung des einen dürfte die der anderen begünstigen. Allerdings legen die Kriterien ihr Augenmerk auf eine jeweils etwas andere Komponente inhaltlicher Präsenz und insbesondere auf unterschiedliche Repräsentationszwecke: *Zielberücksichtigung* und *Zielentsprechung* legen den Präzenzfokus auf den politischen Prozess. Beim Kriterium der *Zielerfüllung* entsteht die Präsenz hingegen aus dem Ergebnis dieses Prozesses. Deshalb hängt die Wahl und/oder Priorisierung der Kriterien im vorliegenden Beispiel durchaus vom demokratietheoretischen Hintergrund der:des Forschenden ab. Die von Tom Louwerse & Rudy Andeweg unter dem Begriff der »populist-majoritarian« gebündelten Vorstellungen einer an den Ideen der Volkssouveränität und einem uneingeschränkten Mehrheitswahlrecht orientierten Demokratie legen als

3 Für Verhältniswahlsysteme ist der Fokus auf die Parteien als Akteurinnen der Repräsentation eine naheliegende Wahl (Dalton 1985; Papp 2020: 267), während im Kontext von Mehrheitswahlsystemen häufig die Abgeordneten im Mittelpunkt des Interesses stehen (vgl. etwa Miller & Stokes 1963; Eulau 1987; Gerber & Lewis 2004).

zentrales Kriterium gelungener Repräsentation die Übereinstimmung der politischen Ziele der Repräsentierten mit den tatsächlichen Ergebnissen nahe (2020a: 105). Implizit wird damit vorausgesetzt, dass die möglichen Ergebnisse einer politischen Handlung zumindest in ihren Grundzügen bereits vor dem eigentlichen Akt der Repräsentation absehbar sind. Aus einem liberalen Demokratieverständnis heraus ist hingegen zwar die grundsätzliche Berücksichtigung der Zielsetzungen der Repräsentierten erstrebenswert, erwartet wird aber weder, dass die Repräsentierten diesen Zielen exakt folgen, noch dass diese gar zur Umsetzung gebracht werden. Ideal ist vielmehr ein durch den politischen Prozess veredeltes Ergebnis (Louwerse & Andeweg 2020a: 105). Die *Zielentsprechung* stellt den – in der empirischen Repräsentationsforschung häufig gewählten – Mittelweg zwischen der bloßen Berücksichtigung und der Realisierung der Ziele dar. Für die Vertretung im und durch den Bundestag, in dem als »arbeitendes Redeparlament« (Steffani 1979: 338) politische Themen gesetzt, Positionen bezogen, aber andererseits auch Lösungen erarbeitet werden, kann grundsätzlich jede der drei Formen der *Vertretung politischer Ziele* relevant sein. Da dieser Untersuchung kein spezifisches demokratietheoretisches Modell zugrunde liegt, ergibt sich keine Priorität der Kriterien, sodass für alle eine empirische Umsetzung zumindest angedeutet werden soll. Die eigentliche Analyse wird dann aber auf die ersten beiden Aspekte – die der *Zielberücksichtigung* und *Zielentsprechung* – beschränkt.

Denkbar sind jeweils unterschiedliche Varianten der Modellierung. Im Fall der *Zielberücksichtigung* könnte etwa das generelle Rollenverständnis der Abgeordneten in den Blick genommen werden und welche Bedeutung sie den Zielen ihrer Wähler:innen grundsätzlich beimessen.<sup>4</sup> Direkter lässt sich das Kriterium untersuchen, indem man die konkrete Bedeutung bestimmter Ziele für die Abgeordneten bzw. ihre Häufung im politischen Diskurs analysiert. Für diese Beispielanalyse wird eine solche Form der thematischen *Salienz* (vgl. Wlezién 2005; Giger & Lefkofridi 2014) bzw. Priorisierung gewählt – konkret die Häufigkeit, mit der bestimmte Themen in Bundestagsdebatten angesprochen und so in den politischen Prozess eingespielt werden.<sup>5</sup> In Anlehnung an den Begriff der »priority congruence« (Russo 2020: 316) soll hier von einer »Übereinstimmung der Prioritäten« die Rede sein.

- 
- 4 Denkbar wäre etwa eine an die von John Wahlke et al. (1962) entwickelten Repräsentationsrollen angelehnte Analyse. In der GLES Kandidierendenstudie 2021 finden sich in diese Richtung weisende Fragen zur Priorität der Meinungen der Wähler:innen (GLES 2023b: 91f.), aber auch eine Frage zur Priorität der jeweils vertretbaren Gruppen (95).
  - 5 Grundsätzlich denkbar wäre ebenfalls eine Analyse der an die Bundesregierung gestellten Anfragen, der eingebrachten Anträge oder Gesetzesinitiativen. In der Nutzung der parlamentarischen Instrumente zeigt sich allerdings zwischen Regierungsparteien und Opposition eine starke Asymmetrie. Diese besteht bei Debattenbeiträgen nur insofern, als die Fraktionen abhängig von ihrer Größe über unterschiedlich viel Redezeit verfügen.

Für die Modellierung des Kriteriums der *Zielentsprechung* ist die naheliegende – und hier gewählte – Option, auf den in der empirischen Repräsentationsforschung gängigen Kongruenzansatz (*congruence*) zurückzugreifen. Dem Ansatz zufolge gilt eine Repräsentation als umso erfolgreicher, je exakter die Positionen der Repräsentierten und Repräsentierenden in den als relevant erachteten (Einstellungs-) Merkmalen übereinstimmen (Walgrave & Lefevere 2013: 457). Alternativ wäre auch hier ein *Salienz*-basierter Ansatz möglich – etwa der Vergleich zwischen den Themenpräferenzen der Wähler:innen und ihrer Abgeordneten.

Um die grundsätzliche Bandbreite der Zielrepräsentation anzudeuten, sollen auch einige Optionen, sich der hier nicht berücksichtigten *Zielerfüllung* anzunähern, zumindest kurz vorgestellt werden. Hierfür ist die bloße Übereinstimmung der Einstellungen von Repräsentierten und Repräsentierenden nicht ausreichend. Entscheidend ist hier vielmehr, ob die Positionen (*Kongruenz*) und/oder Prioritäten (*Salienz*) der Repräsentierten sich in Politikergebnissen widerspiegeln. Eine positionsorientierte Analyse könnte etwa eine Inhaltsanalyse beschlossener Gesetze oder Anträge vornehmen, was den Rahmen dieser exemplarischen Untersuchung allerdings sprengen würde. Alternativ ließe sich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in den Blick nehmen (vgl. Miller & Stokes 1963, Gerber & Lewis 2004). Ein häufigkeitsbasierter Ansatz wäre die Auszählung zu einem bestimmten Thema umgesetzter Vorhaben. Entscheidend ist nicht zuletzt, wie weit der Begriff der *Zielerfüllung* gefasst wird. Angesichts der dem Bundestag zugeschriebenen »Artikulationsfunktion« (Rudzio 2000: 231) ließen sich – in Übereinstimmung mit der *Zielberücksichtigung* – auch die zu einem Thema eingebrachten Debattenbeiträge als Umsetzung eines Artikulationsziels verstehen. Mehr noch als im Fall der Zielentsprechung ist für die Evaluation der politischen Resultate auch die subjektive Perspektive der Repräsentierten von Bedeutung. So lässt sich etwa auch ein hoher Zufriedenheitsgrad der Repräsentierten bzw. das Gefühl repräsentiert zu werden (Wessels 2011: 100f.; De Mulder 2023) als Erfüllung der Repräsentationsziele lesen.<sup>6</sup>

---

6 In Frage käme etwa die Auswertung der Zufriedenheit mit der parlamentarischen Arbeit der Parteien, die allerdings selten erhoben wird. Eine bessere Datenlage besteht für die Zufriedenheit mit der jeweiligen Regierungsarbeit, die sich allerdings nur in einem geringen Maße auf die parlamentarischen Leistungen beziehen dürfte. Zudem besteht hier eine Unwucht dahingehend, dass eher selten nach der Zufriedenheit mit der Oppositionsarbeit gefragt wird. Im Politbarometer – als eine der wenigen Umfragen mit einer entsprechenden Variable – ist diese Frage seit 2013 nicht mehr gestellt worden. In Bezug auf den gesamten Bundestag wird regelmäßig das in ihn gelegte Institutionenvertrauen erhoben, das für das Repräsentationsempfinden allerdings allenfalls als vager Proxy dienen kann.

## Schritt 4: Begriffstheoretische Ausrichtung des Modells

Für die weitergehende Analyse werden die Kriterien der *Zielberücksichtigung* sowie der *Zielentsprechung* modelliert. Mithilfe der in Kapitel C. 6 herausgearbeiteten Charakteristika der Repräsentation sollen die im vorangegangenen Schritt konzipierten Grundmodelle nun konkretisiert und ergänzt werden:

- **Präsenzgewinn:** Da Präsenz nicht absolut, sondern immer nur relativ erreichbar ist, kann das Ziel der Repräsentation nur im relativen Präsenzgewinn bestehen. Eine aussagekräftige Repräsentationsanalyse muss sich entsprechend immer auf einen Vergleich stützen. In diesem Fall sollen drei verschiedene Vergleichsebenen ermöglicht werden: Verglichen werden die Präsenzwerte zwischen unterschiedlichen Wähler:innen-Partei-Dyaden, zwischen unterschiedlichen Zielsetzungen sowie zwischen unterschiedlichen Zeitpunkten. Grundsätzlich wäre auch ein Vergleich mit in anderen Studien erzielten Repräsentationswerten – etwa denen anderer Parlamente – denkbar (vgl. etwa Andeweg 2011; Thomassen 2012; Schakel & Hakhverdian 2018; Rosset & Stecker 2019). Diese Möglichkeit besteht allerdings nur in der Theorie, da fast jede empirische Repräsentationsstudie eine leicht variierte Operationalisierung nutzt.
- **Prozeshaftigkeit:** Repräsentation ist nicht nur der *Zustand* der Präsenz, sondern auch der *Prozess* des Herstellens von Präsenz. Zwar kann eine Repräsentationsanalyse grundsätzlich auf die Zustandskomponente begrenzt bleiben, sie bleibt dann aber eine kontextlose Momentaufnahme. Um das Repräsentationsgeschehen in seinem größeren Zusammenhang beschreiben (und bewerten) zu können, muss hingegen auch die Repräsentationsdynamik in den Blick genommen werden. Dynamisches Gegenstück zur statischen *Kongruenz* ist das Konzept der *Responsivität* (Pitkin 1967: 155; Louwerse & Andeweg 2020b: 277): Entscheidend ist demnach weniger der Grad der Übereinstimmung als vielmehr die Reaktion der Repräsentant:innen auf die Positionen oder Prioritäten der Repräsentierten. Wobei diese Reaktion im von Pitkin gemeinten Sinne auch bedeuten kann, in der Auseinandersetzung mit der Position ihrer Wähler:innen zu einer anderen Haltung als diese zu gelangen. Empirisch wird der Begriff der *Responsivität* meist auf eine affirmative Positionierung reduziert (Garsten 2009: 90). Diese kann – in den von Jane Mansbridge (2003) etablierten Begriffen – entweder rückwirkend (*promissory*), also in Bezugnahme auf eine bereits erfolgte Positionsbekundung der Repräsentierten, oder antizipativ (*anticipatory*), in Vorwegnahme einer antizipierten Positionierung, stattfinden. Untersuchen lässt sich dies etwa durch den – auch hier vorgenommenen – Vergleich der Positionsänderungen zwischen zwei Zeitpunkten (Page & Shapiro 1983): Eine Änderung der Positionen von Repräsentierten und Repräsentierenden in dieselbe Rich-

tung spricht demnach für eine hohe affirmative *Responsivität*. Alternativ könnte überprüft werden, inwiefern sich Politikänderungen durch vorhergehende Veränderungen der öffentlichen Meinung erklären lassen (Stimson et al. 1995).

Im Gegensatz zu den stärker auf den politischen Prozess gerichteten Kriterien der *Zielberücksichtigung* und *Zielentsprechung* liegt der Fokus der *Zielerfüllung* in erster Linie auf einem Ergebniszustand: Präsenz entsteht dann, wenn ein Ziel verwirklicht wurde. Nichtsdestoweniger hat die Erfüllung eine dynamische Komponente: Denn die punktuell erreichte Präsenz ist vergänglich, muss also immer wieder durch die Umsetzung weiterer Ziele erneuert werden. Insofern ist es auch hier sinnvoll, die politischen Ziele und ihre Realisierung im Zeitverlauf zu betrachten.

- **Substanz:** Eine Repräsentation kann das Repräsentierte niemals vollständig, sondern immer nur in Teilen präsent machen – im besten Fall in seiner Substanz. Im konkreten Fall stellt sich somit die Frage, in welchen politischen Zielen die Abgeordneten mit den Repräsentierten übereinstimmen sollen bzw. die Berücksichtigung/Entsprechung/Erfüllung welcher Ziele für eine substantielle Präsenz maßgeblich ist.

Grob zusammengefasst, sind zwei Varianten inhaltlicher Ziele denkbar: Im Fall der *Kongruenz* unterscheidet man zwischen der Übereinstimmung in einzelnen Themenfeldern (*issues*) (vgl. etwa Miller & Stokes 1963, Achen 1978, Page & Shapiro 1983, Thomassen & Schmitt 1997, Walgrave & Lefevere 2013, Lesschaeve 2017, Reher 2018, Schakel & Hakhverdian 2018, Rosset & Stecker 2019, Costello 2021) sowie auf einer übergreifenden ideologischen Dimension (*ideology*) – meist der Links-Rechts-Skala (vgl. etwa Dalton 1985, Blais & Bodet 2006, Golder & Stramski 2010, Bühlmann et al. 2010, Dalton 2017, Rosset & Stecker 2019, Lupu & Warner 2022). Theoretisch könnten aber beispielsweise auch die Positionen auf einer (oder mehreren) Cleavage-Dimension(en) verglichen werden. Diese Abwägung lässt sich im Grunde auf den *Salienz*-Kontext übertragen, für den dann zwischen sehr spezifischen und eher allgemeinen Anliegen unterschieden kann – etwa der Wunsch nach einer Anhebung des Mindestlohns gegenüber einem generellen Themenfokus auf den Bereich der Sozialpolitik. Neben normativen sind an dieser Stelle auch empirische Überlegungen von Bedeutung: Kritiker:innen einer generalisierten inhaltlichen Dimension monieren die starke Komplexitätsreduktion, die allenfalls eine sehr abstrakte inhaltliche Beziehung zu beschreiben vermag (Thomassen 2012: 13f.), Befürworter:innen heben hingegen das auch in der breiten Bevölkerung weit verbreitete Verständnis etwa einer Links-Rechts-Skala hervor, wohingegen in spezifischeren Politikfeldern der Informationsunterschied zwischen Wähler:innen und politischer Elite relativ groß ausfallen könne (Bühlmann et al. 2010: 569). Unbestritten ist, dass die einzelnen politischen *issues* unterschiedlich stark mit der Links-Rechts-Skala

verbunden sind,<sup>7</sup> sodass auch bei der Untersuchung einer grundsätzlichen ideologischen *Kongruenz* einiges dafürspricht, die Analyse wenigstens durch die Betrachtung weiterer einzelner *issues* zu flankieren (Rosset & Stecker 2019: 147). Angesichts der großen Bandbreite im Bundestag verhandelter Themen ist allerdings davon auszugehen, dass nicht jede:r jedem Themenfeld dieselbe Bedeutung beimisst. Demzufolge setzt sich die politikinhaltliche Substanz der Wähler:innen aus unterschiedlichen *issues* zusammen. Aus diesem Grund sprechen sich Nathalie Giger und Zoe Lefkofridi (2014) dafür aus, auch in Kongruenzanalysen die Bedeutung der Themen für die Repräsentierten zu berücksichtigen. Für dieses Beispiel werden neben der generellen Links-Rechts-Dimension drei relativ breite Themenfelder ausgewählt, sodass eine grundsätzliche Bedeutung für die allermeisten Wähler:innen vorausgesetzt werden darf.

Fabio Wolkenstein und Christopher Wratil weisen zu Recht darauf hin, dass die Qualität einer Zielvertretung über die rein inhaltliche Übereinstimmung hinausreicht. Von Bedeutung ist ebenfalls, ob beide Seiten in der Beurteilung der Mittel, mit denen die Ziele vertreten werden, und der Rahmenbedingungen, unter denen dies stattfindet, übereinstimmen (2021: 873). Beides wird hier allerdings ausgeklammert.

- **Wiedererkennbarkeit:** Das Gelingen jeder Repräsentation beruht darauf, dass das Repräsentierte im Repräsentierenden *erkennbar* wird. Zwischen beiden muss also eine Art Ähnlichkeit bestehen, die allerdings erst dadurch aussagekräftig wird, dass sie vom Betrachter:der Betrachterin der Repräsentation auch als solche anerkannt wird. Im konkreten Fall besteht die (politisch-inhaltliche) Ähnlichkeit im Aufgreifen von als wichtig benannten politischen Themen durch die Repräsentant:innen sowie in der Übereinstimmung der politischen Positionen von Repräsentierten und Repräsentierenden. Es erscheint plausibel, diese Ähnlichkeitskriterien als durch die zu repräsentierende Wahlbevölkerung weitestgehend anerkannt anzunehmen.
- **Kontextabhängigkeit:** Dass eine unter diesen Umständen bestehende Ähnlichkeit allerdings auch tatsächlich *erkannt* wird, ist nicht garantiert. Denn Repräsentationen bleiben immer uneindeutig – dies illustrieren für den konkreten Fall bereits die oben diskutierten verschiedenen Varianten, worin sich eine Präsentation zeigen könnte. Insbesondere sind sie in ihrer Wirkung abhängig vom jeweiligen Publikum, das in diesem Fall mit der zu repräsentierenden Wahlbevölkerung identisch und entsprechend äußerst heterogen zusammengesetzt ist. Identifizierte Ähnlichkeiten – beispielsweise inhaltliche *Kongruenzen* – sind insofern zwar starke Argumente für eine gelingende Re-

---

7 Vgl. hierzu auch das zweite Fallbeispiel.

präsentation, sie gewährleisten aber nicht, dass sich die zu Repräsentierenden tatsächlich repräsentiert sehen.

- **Wirkungsvielfalt:** Repräsentationen können sowohl einheits- als auch differenzstiftend wirken. Für den Bundestag als »arbeitendes Redeparlament« sind beide Wirkweisen von Bedeutung: Als »Redeparlament« (Steffani 1979: 96) kommt ihm einerseits die Aufgabe zu, den unterschiedlichen in der von ihm vertretenen Bevölkerung vorhandenen Positionen vor- und einander gegenüberzustellen – und mithin die politische Pluralität unter Beweis zu stellen. Als »Arbeitsparlament« (Steffani 1979: 96f.) geht es allerdings auch darum, zu Lösungen zu gelangen – und die politische Gemeinschaft somit als vereint und handlungsfähig darzustellen.

Analytisch kann diese Zweiteilung bereits durch die Unterscheidung einer partikularen (dyadischen) und gemeinschaftlichen (systemischen) Vertretung berücksichtigt werden. Ob in der Analyse eher der Einheits- oder Pluralitätsgesichtspunkt in den Fokus gerückt wird, hängt zudem davon ab, wie die Modellierung Repräsentierte und Repräsentierende quantitativ ins Verhältnis setzt (vgl. Eulau 1987: 173–175). Matt Golder und Jacek Stramski (2010) unterscheiden hierbei vier Beziehungsvarianten: *one-to-one*, *many-to-one*, *many-to-many* sowie die zwar grundsätzlich denkbare, empirisch aber kaum relevante *one-to-many*-Beziehung. Gemeint ist mit diesen Verhältnissen weniger die schiere Anzahl der Beteiligten, sondern gerade das konzeptionelle Verständnis als Einheit oder Vielheit. So lassen sich die Repräsentierten theoretisch auch im Plural auf eine einzige – etwa mehrheitlich befürwortete bzw. durch Median (vgl. Blais & Bodet 2006; Wessels 2011) oder Mittelwert (vgl. Achen 1978; Dalton 1985; Costello 2021) identifizierbare – Zielsetzung reduzieren, dem die ebenfalls in einer einzigen Position komprimierte Zielsetzung der Repräsentierenden gegenübersteht (*one-to-one*). Plausibler als die Voraussetzung einer bereits vor der Repräsentation bestehenden gemeinsamen Position der Wähler:innen ist die *many-to-one*-Beziehung, die zumindest aufseiten der Repräsentierten eine gewisse Heterogenität unterstellt. Mögliche Maße wären etwa die mittlere Distanz der Wähler:innenpositionen von der Regierungsposition (»Absolute Citizen Congruence«) oder das Verhältnis der durchschnittlichen Distanz und der Streuung der Wähler:innenpositionen (»Relative Citizen Congruence«) (Golder & Stramski 2010: 92f.). Die *many-to-many*-Beziehung schließlich geht auch von einer Pluralität aufseiten der Repräsentierenden aus. So wird beispielsweise eine Parteiposition nicht zwingend als homogen vorausgesetzt, sondern ein gewisses Spektrum in den Blick genommen (Golder & Stramski 2010: 96). Als mögliches Maß schlagen Golder und Stramski (2010: 96) einen Vergleich der Verteilungen vor. Diese letztgenannte Variante wird für die hier durchgeführte Analyse gewählt. Damit wird der Fokus auf eine Differenzrepräsentation gelegt und davon ausgegangen, dass sowohl innerhalb der Wähler:innenschaft einer

Partei als auch in der entsprechenden Bundestagsfraktion keine identischen Ziele verfolgt werden. Zwar agieren die Fraktionen im Bundestag überwiegend einheitlich, allerdings gehen in den vor einer Abstimmung liegenden internen und öffentlichen Diskussionsprozess durchaus unterschiedliche Ziele und Zielprioritäten der Fraktionsangehörigen ein, sodass eine Fraktion ein gewisses politisches Spektrum repräsentieren kann.

- **Distanz:** Vor allem für die Interpretation der Ergebnisse ist im Hinterkopf zu behalten, dass eine Identität der thematischen Prioritäten und Positionen von Repräsentierten und Repräsentierenden nicht realistisch, aber auch nicht zweckmäßig wäre. Hohe Kongruenzwerte allein sind insofern beispielsweise kein zwingendes Qualitätskriterium der Repräsentation.
- **Verknüpfung:** Für eine gelingende Repräsentation ist eine zufällige Ähnlichkeit der beiden Seiten der Beziehung nicht ausreichend, sondern es muss eine »meaningful [...] connection« (Plotke 1997: 28) zwischen ihnen bestehen. Im konkreten Fall einer durch Wahl konstituierten Verbindung liegt es nahe, von der Existenz einer solchen Verknüpfung auszugehen. Dennoch kann nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, dass die Übereinstimmung der politischen Ziele auf eine Repräsentationshandlung zurückgeht. Ebenso ist auch denkbar, dass ein Abgeordneter ganz unabhängig von seinen Wähler:innen – und möglicherweise sogar in Unkenntnis ihrer Zielsetzungen – zu seiner Position gelangt und es sich bei der Übereinstimmung somit in der Tat um eine zufällige handelt. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist dies allerdings nicht zu klären.
- **Wechselseitigkeit:** Repräsentation ist ein Beziehungszusammenhang und insofern wechselseitig. Im Kontext eines *principal-agent*-Verständnisses wird vor allem eine Richtung betont: die Ausrichtung der Repräsentationsziele der Repräsentierenden an denen der Repräsentierten. Alternativ kann aber auch die umgekehrte Effektrichtung betont werden, wonach die Wähler:innen zu Repräsentierten werden, indem sie Parteien (aus)wählen, die ihren Interessen, Wünschen und Präferenzen am ehesten entsprechen. Aus dieser Perspektive werden Parteien als weitgehend stabile Orientierungspunkte verstanden, die Wähler:innen hingegen als Akteur:innen der Repräsentation, die inhaltliche Inkongruenzen zu minimieren versuchen – was Richard Lau und David Redlawsk mit dem Begriff des »voting correctly« bezeichnen (1997). Hinzu kommt, dass auch die politikinhaltliche Substanz, also die jeweils zu repräsentierenden Ziele der Wähler:innen, nicht unabhängig von den Repräsentationshandlungen ihrer Vertreter:innen besteht (vgl. Kapitel C.4.6). Gerade bei nicht-alltäglichen oder sehr komplexen Themen – etwa den Feinheiten der Steuergesetzgebung oder des Gesundheitssystems – richten sich die Repräsentierten in ihrer Priorisierung oder Positionierung womöglich eher nach den Repräsentierenden als umgekehrt.

## Schritt 5: Operationalisierung und Analyse

Auf Grundlage dieser methodologischen Überlegungen soll die politikinhaltliche Repräsentation der Wahlbevölkerung durch den Bundestag wie folgt modelliert werden:

### Zielberücksichtigung

Untersucht wird zunächst, ob die politischen Ziele der Wähler:innen im Bundestag präsent sind. Dazu werden für den Zeitraum der 18. und 19. Legislaturperiode des Bundestags (Ende 2013 bis Ende 2021) die in Umfragen als »wichtigste politische Probleme« benannten Themen mit ihrem Auftreten in Bundestagsdebatten verglichen.<sup>8</sup>

Datengrundlage ist die Kumulation des Politbarometers (Forschungsgruppe Wahlen 2023). Hierbei handelt es sich um eine mindestens monatlich durchgeführte Befragung einer repräsentativen Zufallsstichprobe aller deutschen Wahlberechtigten. Entsprechende Daten liegen für den gesamten Untersuchungszeitraum vor. Die hohe Befragungsfrequenz lässt zudem engmaschige Zeitvergleiche zu. Das für die Befragten wichtigste (v33) politische Problem wird offen abgefragt und einem von jeweils etwa 50 Themencodes zugeordnet. Während einige der spezielleren Themencodes im Laufe der Zeit variieren, bleiben klassische politische Themen durchgehend relevant. Dies gilt auch für die exemplarisch ausgewählten Themenfelder, für die es in den Bundestagsdebatten entsprechende Äquivalente zu suchen gilt: Renten- und Sozialpolitik (Code 1 und 2), Umwelt- und Klimapolitik (15) sowie Ausländer:innen- bzw. Migrationspolitik (54).<sup>9</sup> Die Parteipräferenz der Befragten wird auf Grundlage der Sonntagsfrage ermittelt.

---

8 Umfragedaten sind eine für die sozialwissenschaftliche Forschung so unentbehrliche, wie mitunter auch zweifelhafte Analysegrundlage. Was genau durch Umfragen im allgemeinen oder bestimmte Fragen gemessen wird, ist Gegenstand umfangreicher Kontroversen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die hier verwendete Frage nach dem wichtigsten politischen Problem. Obwohl es sich dabei um ein Standardinstrument zur Messung politischer *Salienz* handelt, ist die dahingehende Eignung umstritten. Christopher Wlezien argumentiert etwa (2005), dass uneindeutig ist, ob dadurch die Bedeutung eines politischen Themas oder der Grad seiner Problematisierung gemessen wird. Für die grundsätzliche politische Zielsetzung sind allerdings beide Aspekte von Bedeutung, sodass die Frage trotz ihrer Uneindeutigkeit geeignet erscheint.

9 Herangezogen werden diese drei Themenbereiche nicht nur aufgrund ihrer thematischen Breite, sondern auch aus Symmetriegründen, denn sie sind im Wahlkampfpanel der German Longitudinal Election Studies (GLES), die für das Kriterium der Zielentsprechung verwendet wird, auch als positionsbezogene Daten vorhanden.

Tabelle 7: Am häufigsten in Bundestagsreden gebrauchte Worte der 18. und 19. Legislaturperiode

	<b>Begriff</b>	<b>Häufigkeit</b>		<b>Begriff</b>	<b>Häufigkeit</b>
1	Euro	38469	6	Unternehmen	20196
2	Ausschuß	23296	7	Kind	19213
3	Recht	22475	8	Milliarde	18820
4	Bereich	21640	9	Geld	18612
5	Million	21614	10	Fall	17623

Für die Analyse der Bundestagsdebatten wird auf den Open-Discourse-Datensatz zurückgegriffen (Richter et al. 2023). In diesem sind für die Bundestagsdebatten zwischen 1949 und Mai 2021<sup>10</sup> alle Redebeiträge sowie die jeweiligen Sprecher:innen und ihre Fraktionszugehörigkeiten enthalten. Für die 18. und 19. Legislaturperiode liegen insgesamt 113.618 – zum Teil allerdings aus lediglich einem Wort bestehende – Redebeiträge vor, die auf die am häufigsten genannten politischen Themen untersucht werden sollen. Wie bei quantitativen Textanalysen üblich, werden die Daten zur besseren Analysierbarkeit zunächst aufbereitet. Dies umfasst vor allem die sogenannte Lemmatisierung, also die Rückführung eines Wortes auf seine grammatische Grundform. So wird etwa aus »Staaten« und »Staats« die Grundform »Staat«, was eine bessere Zusammenfassung verwandter Begriffe ermöglicht. Für die weitere Analyse wird zudem ein großer, analytisch wenig ergiebiger Teil der Worte sowie alle Satzzeichen ausgeschlossen. Üblicherweise – und so auch hier – werden nur Nomen berücksichtigt.<sup>11</sup> Zusätzlich ausgeschlossen werden spezifische Anreden und Amtsbezeichnungen – etwa »Herr Präsident« oder »Frau Bundeskanzlerin« –, da sie zwar sehr häufig auftreten, aber keinen analytischen Mehrwert versprechen. Die nach diesen Vorbereitungen häufigsten noch vorhandenen Worte im Datensatz sind in Tabelle 7 aufgeführt.

Auf Basis des reduzierten – nun noch 74.578 Redebeiträge umfassenden – Datensatzes sollen nun politische Themenfelder ermittelt werden. Zu diesem Zweck

10 Die Debatten der 19. Legislaturperiode sind somit nicht ganz vollständig enthalten.

11 Für die Lemmatisierung und Identifikation der Wortarten wurde das r-Paket »udpipe« verwendet (Wijffels et al. 2023). Es handelt sich dabei um das aktuell vermutlich beste entsprechende Werkzeug für die deutsche Sprache. Wie in Abbildung 1 erkennbar, wurden dennoch einzelne Adverbien – wie etwa »abgewürgt« oder »erneuerbar« – nicht als solche erkannt und entsprechend nicht ausgeschlossen. Da entsprechende Worte – den in Abbildung 1 aufgeführten Kennwerten zufolge – bei der Themenbildung allerdings nur sehr vereinzelt eine Rolle spielen, scheint dies zu verschmerzen.

wird ein Topic-Modelling durchgeführt.<sup>12</sup> Hierbei handelt es sich um ein statistisches Verfahren der Textanalyse, bei dem aus einer Auswahl von Texten – hier den einzelnen Debattenbeiträgen – verschiedene Wortfelder (*Topics*) gebildet werden. Diese basieren auf statistisch besonders häufig miteinander auftretenden Worten. Jedes Wort und jeder einzelne Redebeitrag wird dann mehreren solcher *Topics* mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zugeordnet (Blei et al. 2003). Konkret kommt hier das Structural Topic Modeling (STM) (Roberts et al. 2023) zum Einsatz. Der Vorteil dieser Variante des Verfahrens liegt darin, dass es *Topics* nicht allein aufgrund des Texts – also hier der Bundestagsreden – ermittelt, sondern zudem bestimmte Kontextfaktoren berücksichtigen kann. Für diese Analyse wird beispielsweise der Zeitpunkt des Debattenbeitrags als Prävalenzvariable aufgenommen, sodass die *Topics* auch den jeweiligen zeitlichen Kontext, in dem die Worte gebraucht werden, widerspiegeln. Die im Paket enthaltene Spektralanalyse zur Ermittlung der optimalen *Topic*-Zahl ergibt einen Wert von 78, sodass in der folgenden Analyse eine entsprechende Anzahl von *Topics* extrahiert werden.

Das STM-Paket stellt vier Indikatoren zur Verfügung, mit deren Hilfe sich für die jeweiligen *Topics* typische Worte ermitteln lassen. Für die fünf zur weiteren Analyse ausgewählten *Topics* sind die entsprechend identifizierten Worte in Tabelle 8 dargestellt. In Orientierung daran lassen sich die *Topics* bestimmten Politikfeldern zuordnen: Klimapolitik (*Topic* 20), Rentenpolitik (37), Migrationspolitik (40), Umweltpolitik (41), Sozialpolitik (49). Die meisten anderen *Topics* lassen sich ebenfalls einzelnen Sachpolitiken zuordnen – so etwa dem Bereich Wissenschaft (2), Außenhandel/Brexit (4), Pandemie (5) oder Arbeitsmarkt (7). Andere sind eher durch debattensprachliche – etwa »Aussprache«, »Ausschuss«, »Beratung« (1) – oder inhaltlich schwer zu verortende Begriffe – »Sinn«, »Sicht«, »Seite«, »Zukunft« (10) – geprägt.

Da das Topic-Modelling jedem Redebeitrag für jedes *Topic* eine Wahrscheinlichkeit zuordnet, lässt sich der Anteil ermitteln, den ein bestimmtes Politikfeld an einem Beitrag einnimmt. Durch Gruppierung lassen sich entsprechende Werte für ganze Debatten oder längere Zeiträume bestimmen.

---

12 Das Open-Discourse-Projekt stellt auf seiner Homepage eine eigene Gliederung der Bundestagsdebatten in insgesamt 73 Themenfelder zur Verfügung. Allerdings werden die jeweiligen Häufigkeiten nur im Jahresmittel und zudem aktuell nur bis ins Jahr 2020 angegeben, sodass die vorgeschlagene Themenbildung für diese Analyse ungeeignet ist.

Tabelle 8: Wichtigste Begriffe der fünf ausgewählten Topics in vier Indikatorkategorien

Topic	Sammelbegriff	Häufigste Begriffe (Highest Prob)	Typische Begriffe (FREX)	Charakteristische Begriffe (Lift)	Häufige und Exklusive Begriffe (Score)
20	Klimapolitik	energie, klimaschutz, energiewend, ziel, strom, ausbau, bereich	erneuerbar, klimaschutzplan, gigawatt, gaskraftwerk, kohleausstiegsgesetz, Kohlestrom, sonderausschreibung	misterstromgesetz, gigawatt, abbaugrenz, abbremse, abfalleigen-schaft, abgabensystematik, abgewürgt	klimaschutz, energiewend, energie, klimaziel, emissionshandel, kohleausstieg, erneuerbar
37	Rentenpolitik	rente, versicherung, alter, rentner, system, vor-sorge, grundsicherung	erwerbsminderungsrent, betriebsrent, kindererziehungszeit, renteneintritt, rentenwert, entgeltpunkt, regelaltersgrenze	basisrent, betriebsrentner, nachholfaktor, ostrent, regelaltersgrenze, rentenversicherungsbbericht, abermilliardenausgaben	rente, versicherung, rentner, mütterrent, rentenniveau, erwerbsminderungsrent, rentnerin
40	Migrationspolitik	flüchtling, integration, migration, bewerber, zahl, grenze, verfahren	asylantrag, flüchtlingskonvention, asylpaket, asyl, familiennachzug, integrationskurs, herkunftsänder	alltäglichkeit, anerkennungschance, arbeitsuch, asylanerkennungquote, asylfolgeantrag, asylgrund, asylprüfung	flüchtling, migration, asyl, asylantrag, abschlie-bung, asylrecht, bewerber
41	Umweltpolitik	wasser, umwelt, meer, stoff, ziel, schiff, produkt	recycling, verpackungsgesetz, lagerstätten-wasser, oberflächengewässer, abfallvermeidung, grundwasser, stoffstrombilanz	abfallhierarchie, abfallvermeidung, aus-flaggung, ausschussgebiet, batteriege-setz, bergbehörde, beteiligungsentgelte	grundwasser, dinge-verordnung, kreislaufwirt-schaft, wasser, trink-wasser, recycling, gülle
49	Sozialpolitik	armut, einkommen, geld, euro, arm, vermögen, gesellschaft	regelsatz, arm, milliardär, reich-tum, tafel, armut, millionär	adventsschmuck, armutslohn, auf-stockend, einkommenshierarchie, europrozeß, finanzpolitik, hartziv	armut, lohn, einkommen, mindestlohn, regelsatz, sozialstaat, vermögen

Zur besseren Vergleichbarkeit der Befragungs- und Bundestagsdaten werden die Daten in beiden Fällen monatsweise sowie nach Parteipräferenz bzw. Bundestagsfraktion zusammengefasst. Für die Befragungsdaten ergeben sich auf diese Weise zwischen Oktober 2013 und Mai 2021 pro Partei insgesamt 91 Datenpunkte. Jede im selben Zeitraum im Bundestag vertretene Fraktion weist mit insgesamt 80 – aufgrund der sitzungsfreien Monate – etwas weniger Datenpunkte auf. Auf Basis der so gruppierten Daten lassen sich bei Wähler:innen (Abbildung 2) sowie Bundestagsfraktionen (Abbildung 3) verschiedene Priorisierungsmuster ausmachen.

Abbildung 2: Umwelt und Klima als wichtigstes politisches Problem in den verschiedenen Wähler:innengruppen

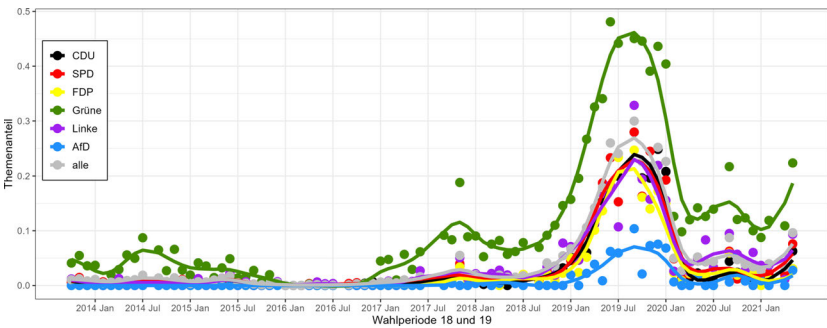
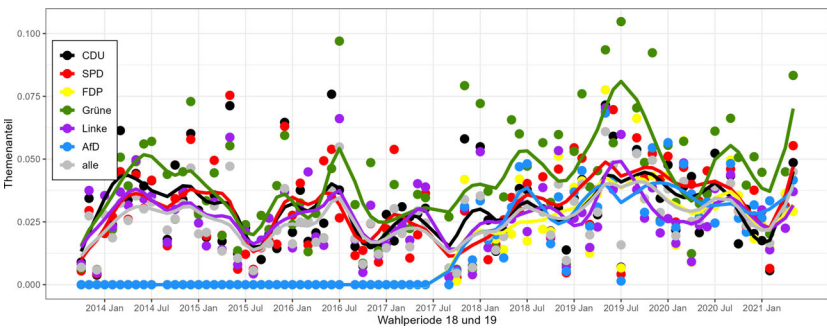


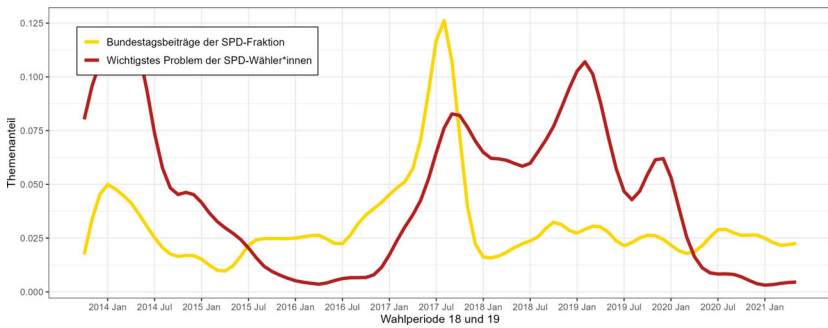
Abbildung 3: Umwelt und Klima in Bundestagsdebatten<sup>13</sup>



13 FDP und AfD waren in der 18. Wahlperiode nicht im Bundestag vertreten, sodass sie für den entsprechenden Zeitraum keine Debattenbeiträge aufweisen können.

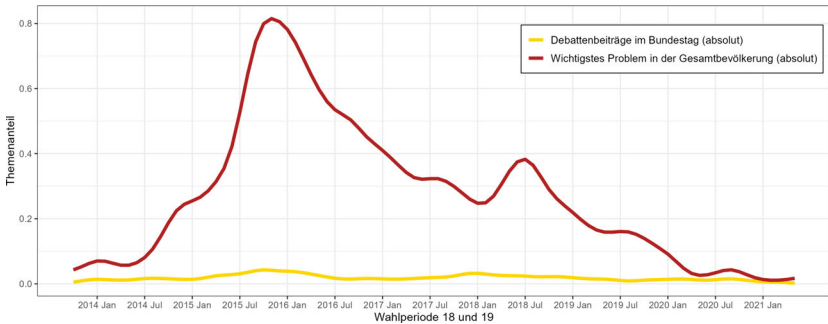
Am Beispiel der Umwelt- und Klimapolitik wird sichtbar, dass es im Verlauf der Bundestagsdebatten zu wesentlich größeren kurzfristigen Sprüngen kommt, die Themen insgesamt aber deutlich kontinuierlicher auf der Agenda stehen. Dies zeigt sich in den um kurzfristige Ausschläge bereinigten Verlaufskurven und wird in der direkten Gegenüberstellung besonders deutlich – so etwa beispielhaft dargestellt für die Renten- und Sozialpolitik im Falle der Wähler:innen und Abgeordneten der SPD (Abbildung 4) oder den Vergleich zwischen dem von der Gesamtbevölkerung als wichtigstes politisches Problem benannten Thema Migration und seinem Auftreten in den Bundestagsreden aller Fraktionen (Abbildung 5).

Abbildung 4: Themenfeld der Renten- und Sozialpolitik im Vergleich der SPD-Wähler:innen und -Abgeordneten



Längerfristige thematische Ausschläge, aber auch generelle Häufigkeiten sind bei den Wähler:innen deutlich größer als im Bundestag, der sich permanent mit einem breiten Themenspektrum befassen muss und entsprechend weniger spezifische Akzente setzen kann. Am klarsten zeigt sich dies beim Thema Migration, das zwischenzeitlich von mehr als 80 % der Bevölkerung als wichtigstes politisches Thema benannt wird, während die Priorisierung im Bundestag zwar ähnliche Gipfel aufweist, insgesamt aber wesentlich abgeflachter verläuft. Aufgrund dieses Strukturunterschieds scheint es sinnvoll, einen Vergleich nicht nur auf die absoluten Anteilswerte zu stützen, sondern zudem zu berücksichtigen, wie häufig ein Thema im jeweiligen Diskussionsraum auftritt.

Abbildung 5: Themenfeld der Migrationspolitik im Vergleich der Wähler:innen und Abgeordneten



Zur Bestimmung der *Zielberücksichtigung* kommen entsprechend zwei verschiedene Vergleichsmaße zum Einsatz: Zum einen die *absolute Übereinstimmung der Prioritäten*:

$$Pr_{abs}(x) = 1 - \frac{\sum_{i=1}^n |h_{WB,i}(x) - h_{BT,i}(x)|}{\sum_{j=1}^n h_{WB,j}(x) + \sum_{j=1}^n h_{BT,j}(x)}$$

Hierbei steht  $h_{WB,i}(x)$  für die prozentuale Häufigkeit, mit der ein bestimmtes Thema  $x$  zum Zeitpunkt  $i$  von der Wahlbevölkerung als wichtigstes politisches Problem benannt wird.  $h_{BT,i}(x)$  steht entsprechend für die prozentuale Häufigkeit, mit der  $x$  zum Zeitpunkt  $i$  in den Bundestagsdebatten vorkommt. Indem durch die Summen aller Häufigkeiten geteilt wird, ist der Wertebereich von  $Pr_{abs}(x)$  auf 0 bis 1 festgelegt.  $Pr_{abs}(x)$  wird 1, wenn die relativen Häufigkeiten in Wahlbevölkerung und Bundestag zu jedem Zeitpunkt übereinstimmen und 0, wenn sie zu allen Zeitpunkten maximal verschieden sind. Ein höherer Wert weist entsprechend auf eine höhere Präsenz im Sinne der Zielberücksichtigung hin.

Für die relative Übereinstimmung der Prioritäten  $Pr_{rel}(x)$  werden die Häufigkeiten  $h_{WB,i}(x)$  und  $h_{BT,i}(x)$  durch die jeweilige Summe aller Häufigkeiten geteilt:

$$p_i(x) = \frac{h_i(x)}{\sum_{j=1}^n h_j(x)}$$

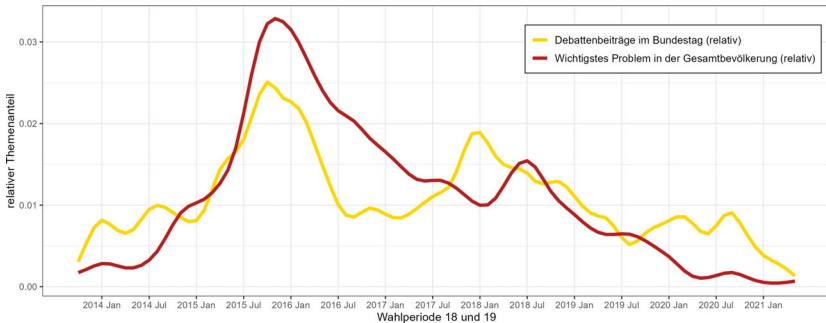
Es gilt:  $\sum_{i=1}^n p_i(x) = 1$ , wodurch sich folgende Formel ergibt:

$$Pr_{rel}(x) = 1 - \frac{\sum_{i=1}^n \left| \frac{h_{WB,i}(x)}{\sum_{j=1}^n h_{WB,j}(x)} - \frac{h_{BT,i}(x)}{\sum_{j=1}^n h_{BT,j}(x)} \right|}{\sum_{i=1}^n \frac{h_{WB,i}(x)}{\sum_{j=1}^n h_{WB,j}(x)} + \sum_{i=1}^n \frac{h_{BT,i}(x)}{\sum_{j=1}^n h_{BT,j}(x)}} = 1 - \frac{\sum_{i=1}^n |p_{WB,i}(x) - p_{BT,i}(x)|}{2}$$

Auch das relative Vergleichsmaß ist auf einen Wertebereich zwischen 0 und 1 festgelegt.

Mithilfe der relativen Häufigkeitsparameter  $p_{WB,i}(x)$  und  $p_{BT,i}(x)$  lässt sich die Priorität eines Themas in Abhängigkeit seines generellen Auftretens vergleichen. Eine gemeinsame Priorisierung kann demnach auch dann vorliegen, wenn ein Thema in Wähler:innenschaft und Bundestag zwar insgesamt mit sehr unterschiedlicher Häufigkeit adressiert wird, sich aber zu denselben Zeitpunkten Gipfel und Täler der Gewichtung zeigen. Nachvollziehen lässt sich dies in Abbildung 6, die für das Thema Migration die relativen Häufigkeiten in Bundestag und Wahlbevölkerung zeigt. In dieser Darstellung wird erkennbar, dass die thematische Priorisierung trotz der sehr unterschiedlichen absoluten Häufigkeiten (Abbildung 5) auf beiden Seiten eine weitestgehend übereinstimmende Entwicklung nimmt.

Abbildung 6: Themenfeld der Migrationspolitik im Vergleich der relativen Häufigkeiten



Diese Diskrepanz zwischen absoluter und relativer Priorität zeigt sich beim Thema Migration auch im Vergleich beider Übereinstimmungsmaße sehr deutlich (Tabelle 9). Obwohl keine der Parteien im Bundestag dem Thema eine ähnliche Beachtung schenkt wie ihre Wähler:innen, gelingt es den Parteien insgesamt relativ gut – und besser als bei den anderen beiden Themenkomplexen –, die in der Bevölkerung vorhandenen Trends nachzuzeichnen. Dies gilt selbst über die unmittelbaren Parteidynaden hinaus: So weisen etwa die Grünen-Wähler:innen mit den AfD-Abgeord-

neten bei der Priorisierung von Migration immer noch eine relative Übereinstimmung von 0,587 auf, wenn auch vermutlich unter inhaltlich entgegengesetzten Vorzeichen. Umgekehrt liegt der Wert zwischen AfD-Wähler:innen und Grünen-Abgeordneten allerdings nur bei 0,392 und somit deutlich unter den Werten der Parteiadynen (beide Werte nicht gesondert tabellarisch ausgewiesen).

Tabelle 9: Übereinstimmungswerte für die 18. und 19. Wahlperiode in drei ausgewählten Themenfeldern<sup>14</sup>

	Sozialpolitik		Migrationspolitik		Klimapolitik	
	absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ
Alle Parteien	0,558	0,651	0,129	0,760	0,471	0,526
CDU	0,546	0,609	0,141	0,749	0,413	0,413
SPD	0,543	0,605	0,135	0,716	0,469	0,472
FDP	0,531	0,655	0,156	0,742	0,503	0,569
Grüne	0,632	0,651	0,175	0,681	0,464	0,629
Linke	0,641	0,636	0,206	0,700	0,436	0,465
AfD	0,670	0,708	0,125	0,830	0,475	0,452

Der Unterschied zwischen absoluter und relativer Übereinstimmung zeigt sich auch in den anderen beiden Themenfeldern, wenn auch nicht so deutlich (Tabelle 9). Hier fallen allerdings auch die Prioritätsauschläge geringer aus. Generell auffällig ist, dass sich die Parteiwerte in allen drei Beispielen in einem ähnlichen Spektrum bewegen. Dies lässt sich, wie in den Abbildungen 2 und 3 zu erkennen ist, nicht allein durch die Struktur von Bundestagsdebatten erklären, die sich häufig einem bestimmten Thema widmen, zu dem dann alle Fraktionen beitragen. Denn die Unterschiede zwischen den Wähler:innengruppen, aber auch zwischen den Bundestagsfraktionen sind dennoch deutlich erkennbar. Insofern sprechen die ähnlichen Werte dafür, dass es den Parteien in ähnlichem Maße gelingt, den Themenprioritäten ihrer Wähler:innen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Etwas exponiert sind im Bereich von Sozial- wie auch Migrationspolitik die AfD und im klimapolitischen Bereich die Grünen, die die relativen Themenpräferenzen ihrer eigenen Wähler:innen in den entsprechenden Politikfeldern am besten abbilden und ihnen so, im Sinne der *Zielberücksichtigung*, mehr Präsenz verschaffen als andere Parteien im selben Themenfeld.

14 Da FDP und AfD in der 18. Wahlperiode nicht im Bundestag vertreten waren, stützen sich die Kongruenzwerte bei diesen Parteien nur auf die 19. Wahlperiode.

Abbildung 6 macht allerdings auch deutlich, dass eine Änderung der Priorität nicht unbedingt aufseiten der Repräsentierenden erfolgen muss. So kommt es etwa ab Ende 2017 mit dem Eintreten der AfD in den Bundestag zu einem deutlichen Anstieg der Debattenbeiträge zum Thema Migration. Ein ähnlicher Anstieg bei den Repräsentierten findet erst ca. ein halbes Jahr später statt. Der Bedeutungsanstieg mit dem Einsetzen der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 verweist zudem auf die Wichtigkeit von jenseits der Repräsentationsbeziehung selbst liegenden äußeren Ereignissen. Zwar mag der nahezu parallele Verlauf in dieser Zeit auch für eine starke wechselseitige Bezugnahme von Abgeordneten und Wähler:innen sprechen, vor allem allerdings zeigt er die Bedeutung von Drittvariablen. Ein vergleichbarer Effekt zeigt sich angesichts des extrem heißen und trockenen Sommers 2019 beim Thema Klimaschutz (Abbildungen 2 und 3).

Diese Beobachtung relativiert die in Tabelle 9 zusammengeführten relativen Übereinstimmungswerte nach Partei und Themenfeld. Denn wenn ein gewichtiger Teil der gemeinsamen Priorisierung gar nicht auf eine Interaktion von Wähler:innen und Abgeordneten zurückführbar ist, sondern vielmehr auf äußeren Einflüssen und somit gewissermaßen zufälligen Ähnlichkeiten beruht, wird der Kennwert zu einem wenigstens teilweise unzuverlässigen Indikator für das tatsächliche Repräsentationsgeschehen. Insofern sprechen die hohen relativen Übereinstimmungswerte im Bereich der Migrationspolitik grundsätzlich für eine im Sinne der *Zielberücksichtigung* gelingende *Zielrepräsentation*, allerdings bleibt das tatsächliche Ausmaß des Präsenzgewinns unklar. Weniger präsent werden zudem andere Themenpräferenzen. Vor allem die Klimapolitik fällt im direkten Vergleich deutlich ab.

## Zielentsprechung

Die *Zielentsprechung* als zweite Komponente der inhaltlichen Repräsentation wird durch einen Positionsvergleich zwischen Wähler:innen und Abgeordneten überprüft. Als Datengrundlage wird das GLES-Panel 2016–2021 gewählt. Hierbei handelt es sich um eine Panelstudie, also eine wiederholte Befragung der – in diesem Fall quotiert nach Alter, Geschlecht und Bildung aus der Gruppe der Wahlberechtigten gezogenen – Stichprobe. Die Befragungen fanden zwischen Oktober 2016 und Dezember 2021 in insgesamt 21 Wellen statt. In diesen wurden regelmäßig die Wahlabsicht sowie Positionen zu bestimmten politischen Themen sowie die Verortung auf der Links-Rechts-Skala erhoben. Erfragt wurde nicht nur die Selbsteinstufung des:der Befragten auf den entsprechenden Skalen, sondern auch die geschätzte Position der größten Parteien. Auf diese Weise ist ein direkter Vergleich zwischen den Positionen der Wähler:innen und den geschätzten Positionen einer Partei oder aller Parteien möglich. So gehen beispielsweise André Blais und Marc

André Bodet (2006) vor.<sup>15</sup> Vorteil dieses Ansatzes ist, dass mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden darf, dass die Skalen für die Selbsteinstufung und die Parteischätzung auf dieselbe Weise interpretiert werden. Ein Nachteil der umfragebasierten Schätzung von Parteipositionen besteht hingegen darin, dass sie nicht unabhängig von der Selbstverortung der Befragten sind. Es besteht die Gefahr, dass die Wähler:innen die inhaltliche Nähe zu von ihnen präferierten Parteien über- und zu den von ihnen abgelehnten Parteien unterschätzen. Hiervon ist zwar für die Untersuchung der Beziehung zwischen Wähler:innen und Gesamtparlament keine systematische Verzerrung zu erwarten, wohl aber für die durch diesen Effekt vermutlich überschätzte dyadische Übereinstimmung der Wähler:innen mit der von ihnen bevorzugten Partei.

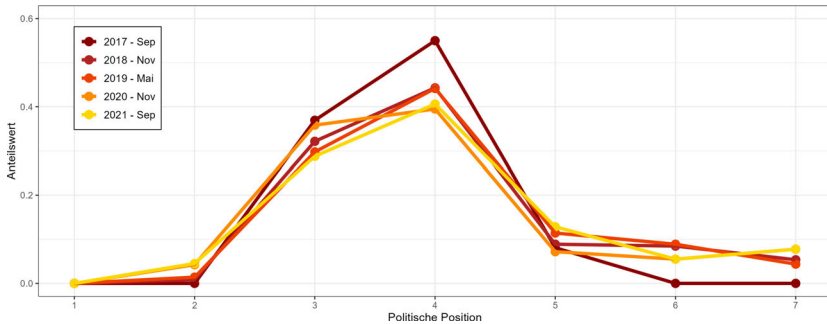
Ein zweiter Nachteil besteht darin, dass die Schätzungen auf zum Teil relativ geringem Kenntnisstand basieren. So schätzen etwa in der ersten verwendeten Befragungswelle (Welle 2) immerhin knapp 6 % der Befragten die AfD als eine extrem linke Partei ein. Aus diesem Grund werden die Parteischätzungen nach einem von Golder und Stramski (2010: 103) vorgeschlagenen Verfahren zentriert. Ausgehend vom Mittelwert der Schätzung werden die Bundestagssitze proportional auf die benachbarten Werte der Skala aufgeteilt. Im Februar 2017 wird beispielsweise für die CDU ein Mittelwert von 6,34 auf einer elfstufigen Links-Rechts-Skala (1 = links, 11 = rechts) geschätzt. Ihre 255 Bundestagssitze verteilen sich demnach auf die Positionen 6 (168 Sitze = 66 %) und 7 (87 Sitze = 34 %). Möglicherweise wird dadurch zwar die innerparteiliche Varianz unterschätzt, andererseits entspricht diese Verankerung der Position dem fraktionsdisziplinierten Vorgehen der Bundestagsfraktionen durchaus.

Die am häufigsten abgefragten Themen korrespondieren ungefähr mit der Themenwahl bei der *Zielberücksichtigung*. Konkret sind dies die jeweils auf einer 7er-Skala erhobene »sozio-ökonomische Dimension« (1 = weniger Steuern, 7 = mehr sozialstaatliche Leistungen), die »Zuzugsmöglichkeiten Ausländer« (1 = Zuzug erleichtern, 7 = Zuzug einschränken) sowie »Klimaschutz« (1 = Vorrang Klimawandelmaßnahmen, 7 = Vorrang für Wirtschaftswachstum). Auch hier werden die Parteipositionen nach dem oben genannten Verfahren zentriert. Das parlamentarische Gesamtspektrum bezüglich der Links-Rechts-Skala oder einer der themenspezifischen 7er-Skalen ergibt sich dann jeweils aus der Summe aller Parteipositionen.

---

15 Eine Alternative wäre es, die Parteipositionen auf Expert:innenschätzungen, wie etwa den Chapel Hill Expert Survey (Jolly et al. 2022), oder die Auswertung von Wahlprogrammen, etwa durch das Manifesto Project (Lehmann et al. 2024), zu stützen. Solche Daten stehen allerdings nur für ausgewählte, relativ weit voneinander entfernte Zeitpunkte – etwa anstehende Wahltermine – zur Verfügung und eignen sich insofern nur bedingt für die Analyse von Repräsentationsdynamiken. Zudem besteht die Gefahr, dass die verwendeten Skalen von den Befragten und den Expert:innen unterschiedlich interpretiert werden.

Abbildung 7: Parlamentspositionen im Themenfeld der Migrationspolitik im Zeitverlauf



Position 1 entspricht der Erleichterung, Position 7 der Einschränkung von Zuzugsmöglichkeiten.

Das politische Spektrum des Bundestags beim Thema Migration (»Zuzugsmöglichkeiten Ausländer«) wird in Abbildung 7 dargestellt. Erkennbar ist, dass der Anteil der bei dieser Frage mittig verorteten Abgeordneten im September 2017 bei über 50 % liegt, während die Positionen 1, 6 und 7 zu diesem Zeitpunkt parlamentarisch gar nicht vertreten sind. Anhand der Abbildung lässt sich ebenfalls nachvollziehen, dass sich diese Verteilung verändert. Denn die insgesamt sechs (Links-Rechts-Skala), sieben (Zuzugsmöglichkeiten Ausländer) oder acht (sozio-ökonomische Dimension und Klimaschutz) Erhebungszeitpunkte erlauben eine Beobachtung der zeitlichen Entwicklung und insofern Rückschlüsse auf den Prozess des Repräsentierens. Im konkreten Beispiel verschiebt sich das Spektrum zunehmend in Richtung des migrationskritischen Pols. Im September 2021 werden der entsprechenden Extremposition knapp 8 % der Abgeordneten zugeordnet, während die Mittelposition nur noch von etwa 40 % der Parlamentarier:innen besetzt ist.

Wie bereits weiter oben argumentiert, wird für diese Analyse ein *many-to-many*-Ansatz gewählt, der eine Pluralität der Positionen aufseiten der Repräsentierten unterstellt, die im Repräsentationsprozess idealerweise erhalten bleiben soll. Verglichen wird also die auf Selbsteinschätzung der Befragten beruhende Verteilung der Positionen der Wähler:innen mit den durch die Befragten geschätzten, nach Golder und Stramski zentrierten, Verteilungswerten der im Bundestag vertretenen Parteien. Die Verteilungen werden dabei jeweils als Wahrscheinlichkeitsverteilungen verstanden: Jeder Positionswert entspricht demnach der Wahrscheinlichkeit  $P(x)$ , mit der diese Position in der Gruppe der Repräsentierten bzw. Repräsentierenden auftritt.

Die *Kongruenz* zweier Wahrscheinlichkeitsverteilungen lässt sich entweder auf ihre Wahrscheinlichkeitsdichtefunktionen

$$P(|a,b|) = \int_a^b f_P(x)dx \text{ (stetig) bzw. } P(|a,b|) = \sum_{i=a}^b f_P(i) \text{ (diskret)}$$

oder die Verteilungsfunktionen

$$F_P(x) = \int_{-\infty}^x f_P(t) dt \text{ (stetig) bzw. } F_P(x) = \sum_{i=0}^x f_P(i) \text{ (diskret)}$$

stützen (Abbildung 8). Analog zur überwiegend englischsprachigen Literatur zur politischen *Kongruenz* sollen hier die Abkürzungen PDF (*probability density function*) für die Wahrscheinlichkeitsdichtefunktion und CDF (*cumulative distribution function*) für die Verteilungsfunktion zum Einsatz kommen (vgl. etwa Louwerse & Andeweg 2020: 282f.).

Abhängig von der gewählten Funktion liegt der Schwerpunkt auf unterschiedlichen Aspekten der *Kongruenz*. Ein Vergleich der Wahrscheinlichkeitsdichtefunktionen legt das Augenmerk auf die Übereinstimmung in exakten Punkten oder Bereichen. Für den – hier relevanten – diskreten Fall mit  $k$  Positionspunkten und zwei Wahrscheinlichkeitsfunktionen  $f$  und  $g$  gilt<sup>16</sup>:

$$C_{PDF}(f, g) = 1 - \frac{\sum_{i=1}^k |f(i) - g(i)|}{2}$$

Für den  $C_{PDF}$  ist allein die exakte Übereinstimmung von Bedeutung. Die relative Position in der Gesamtverteilung ist hingegen vollkommen unerheblich. Inhaltlich ist dies durchaus problematisch, denn für die Beurteilung ideologischer *Kongruenz* macht es einen Unterschied, ob die Gipfel zweier miteinander verglichener Verteilungen sehr weit voneinander entfernt oder in benachbarten Punkten liegen.

Dieses Problem tritt beim zweiten Kongruenzmaß nicht auf. Beim Vergleich der Verteilungsfunktionen spielt die relative Position im Gegenteil eine große Rolle. Für  $k$  Skaleneinheiten und die Wahrscheinlichkeitsfunktionen  $f$  und  $g$  ergibt sich hier das Kongruenzmaß<sup>17</sup>:

$$C_{CDF}(f, g) = 1 - \frac{\sum_{i=1}^k \left| \sum_{j=1}^i f(j) - \sum_{j=1}^i g(j) \right|}{k - 1}$$

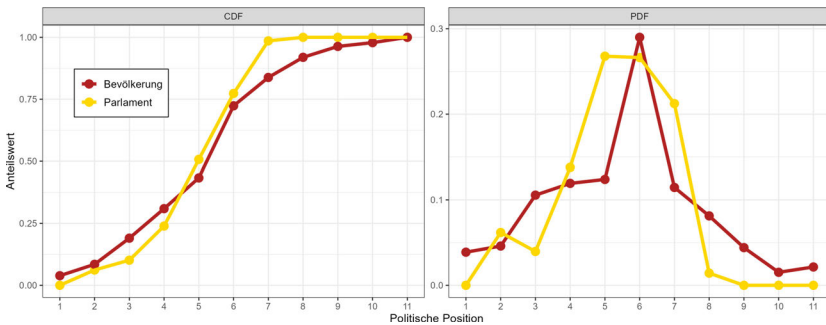
Die Schwäche von  $C_{CDF}$  besteht vielmehr darin, dass eine exakte Übereinstimmung der Wahrscheinlichkeitswerte für den Kongruenzwert keine große Rolle spielt. So sind sehr hohe Werte etwa auch dann erreichbar, wenn die verglichenen Verteilungen in keinem einzigen Punkt übereinstimmen, solange sich die jeweiligen

16 Im Extremfall kann die Summe zwei werden, wenn  $f$  in allen Punkten, in denen  $g$  ungleich Null ist, den Wert Null aufweist und umgekehrt. Damit das Kongruenzmaß immer Werte zwischen Null und Eins annimmt, wird durch zwei dividiert.

17 Im Extremfall kann die äußere Summe den Wert  $k - 1$  erreichen, wenn beispielsweise  $f(1) = 1$  und  $g(k) = 1$ . Damit das Kongruenzmaß immer Werte zwischen Null und Eins annimmt, wird durch diesen Maximalwert dividiert.

Ausreißer nach oben und unten im Verteilungsverlauf gut ausgleichen.<sup>18</sup> Inhaltlich ließe sich argumentieren, dass hier nicht nur die positive Übereinstimmung, also gemeinsam vertretene Positionen, sondern auch die negative Übereinstimmung, also gemeinsam nicht vertretene Positionen, Berücksichtigung finden. In Abbildung 8 lassen sich die Unterschiede beider Maße nachvollziehen. Während der Vergleich der Wahrscheinlichkeitsdichtefunktionen (PDF, rechts) in einigen Positionen deutliche Differenzen zwischen Bevölkerung und Parlament aufweist, nivelliert die Verteilungsfunktion (CDF, links) die Abweichungen nach unten und oben weitgehend. Entsprechend fällt der Kongruenzwert  $C_{CDF}$  mit 0,937 deutlich höher aus als das Pendant  $C_{PDF}$  mit 0,724.

Abbildung 8: Wahrscheinlichkeitsverteilungen der Links-Rechts-Positionen in Bevölkerung und Parlament im Februar 2017 (Welle 2) im Vergleich



Links ist der Vergleich der Verteilungsfunktionen (CDF), rechts der Wahrscheinlichkeitsdichtefunktionen (PDF) dargestellt.

Um die Nachteile beider Kongruenzmaße (vgl. auch Andeweg 2011) auszugleichen und den Wert sowohl für die exakte Übereinstimmung politischer Positionen als auch die relative ideologische Nähe empfindlich zu machen, verwende ich eine Kombination beider Maße. Diese lässt sich am einfachsten durch das Bilden des Mittelwerts erreichen:<sup>19</sup>

$$C_M = \frac{C_{PDF} + C_{CDF}}{2}$$

18 Für  $f(1) = 1$  und  $g(2) = 1$ , die in keinem einzigen Punkt ungleich Null eine Übereinstimmung aufweisen, beträgt der Kongruenzwert immer noch  $C_{CDF}(f, g) = 1 - \frac{1}{k}$ .  
 19 In diesem Fall wird auf eine Gewichtung verzichtet. Allerdings ließe sich durchaus argumentieren, dass die exakte Übereinstimmung und insofern der  $C_{PDF}$  mit höherem Gewicht in die Berechnung eingehen sollte.

Mithilfe dieses Kongruenzwertes soll nun zunächst die *Zielentsprechung* durch den gesamten Bundestag in den Blick genommen werden. Analog zur Abbildung 8 wird dabei das politische Spektrum des Bundestags anhand der Links-Rechts-Skala sowie der drei themenspezifischen Skalen mit dem Wähler:innenspektrum verglichen (Tabelle 10). Von den überprüften Skalen gibt es – wenig überraschend (Walgrave & Lefevre 2013: 462; Dalton 2017: 1) – auf der Links-Rechts-Skala die höchste Übereinstimmung, die zudem im gesamten Untersuchungszeitraum relativ stabil bleibt. Der Einzug von FDP und AfD ins Parlament ab Welle 10 macht sich mit leicht erhöhten Kongruenzwerten bemerkbar. Das dürfte vor allem daran liegen, dass die AfD das parlamentarische Spektrum nach rechts erweitert hat.

Tabelle 10: Kongruenzwerte  $C_M$  auf der Links-Rechts-Skala sowie drei ausgewählten Politikbereichen im Zeitraum zwischen Februar 2017 und September 2021

Umfrage	Monat	Links-Rechts	Sozialpolitik	Migrationspolitik	Klimapolitik
Welle 2	2–2017	0,830	0,762	0,582	0,703
Welle 7	9–2017	0,827	0,770	0,561	0,749
Welle 10	11–2018	X	0,792	0,665	0,653
Welle 11	5–2019	X	0,799	0,697	0,676
Welle 12	11–2019	0,852	X	X	X
Welle 13	4–2020	X	0,820	X	0,747
Welle 14	11–2020	0,865	0,838	0,702	0,779
Welle 15	2–2021	0,850	0,813	0,696	0,776
Welle 19	9–2021	0,844	0,774	0,738	0,751

Von den Sachpolitiken ist die Übereinstimmung in der Sozialpolitik durchgehend am größten. Im Gegensatz zu den beiden anderen Themenfeldern sind die Positionen sowohl bei den Wähler:innen als auch den Bundestagsfraktionen mittelasrig. Die beiden Extrempositionen (1 und 7) kommen nur selten (Repräsentierte) bzw. aufgrund der Zentrierung überhaupt nicht (Repräsentierende) vor. Dies gilt auch nach dem Einzug der beiden neuen Parteien in den Bundestag, weshalb sich hieraus keine großen Veränderungen der Kongruenzwerte ergeben. Tendenziell steigen Werte allerdings bis Ende 2020, bevor sie mit der näher rückenden Bundestagswahl 2021 wieder sinken.

Die größten Verschiebungen zeigen sich im Bereich der Migrationspolitik. Vor allem durch die neu im Bundestag vertretene AfD steigt der Kongruenzwert ab Welle 10 deutlich, da sie die in der Wähler:innenschaft immerhin von ca. 30 % vertrete-

ne migrationskritische Extremposition nun auch im parlamentarischen Spektrum präsent macht. Die erneute Steigerung in Welle 11 geht überwiegend auf eine – tabellarisch hier nicht dargestellte – wahrgenommene Positionsverschiebung bei der CDU in Richtung »Zuzugsmöglichkeiten einschränken« zurück. Dieser Effekt wiederholt sich in Welle 19, nachdem Wähler:innen wie auch Parteien ihre (geschätzten) Positionen zuvor zwischenzeitlich gemeinsam leicht in Richtung »Zuzugsmöglichkeiten erleichtern« verschoben hatten.

Einen gegenteiligen Effekt hat der Einzug von AfD und FDP in den Bundestag im Bereich der Klimapolitik. Während die Wähler:innen bereits vor der Wahl deutlich stärker zur Priorität von Klimaschutz vor Wirtschaftswachstum tendieren als die Parteien, verstärken die beiden eher dem wirtschaftsorientierten Spektrum zugeordneten Parteien diese Differenz noch. Ab Welle 13 steigt die klimapolitische *Kongruenz* wieder an – dieses Mal allerdings nicht durch eine Positionsverschiebung im Parteien-, sondern im Wähler:innenspektrum, in dem in den folgenden Befragungen stärker wirtschaftsorientierte Positionen genannt werden.

Für die Untersuchung der dyadischen Repräsentation werden die Positionen der Wähler:innen einer Partei mit der entsprechenden Parteiposition verglichen. Im Gegensatz zur Repräsentation durch den gesamten Bundestag ist die relevante Gruppe, die über ein Gelingen der Repräsentation befindet (*audience*), allein die Wähler:innenschaft der jeweiligen Partei. Entsprechend wird die geschätzte Parteiposition hierfür nicht aus den Auskünften aller Befragten, sondern nur aus den Parteiwähler:innen berechnet. Auf eine Zentrierung nach Golder und Stramski wird verzichtet, da dieses Verfahren zwar für Mehrparteiparlamente gut funktioniert, die Kongruenzwerte für einzelne Parteien aber stark verzerren kann.<sup>20</sup> Im direkten Vergleich fallen die Kongruenzwerte bei Berücksichtigung der Gesamtvarianz für alle Dyaden deutlich höher aus als bei einer Zentrierung. Hier ist die – oben bereits erwähnte – mögliche Verzerrung der Parteischätzung durch die Befragten zu berücksichtigen. Es ist also davon auszugehen, dass die entsprechenden Kongruenzwerte überschätzt werden.

---

20 Falls der Positionsmittelwert nahe einer ganzen Zahl liegt, wird nach Golder und Stramski fast das gesamte Gewicht auf eine einzige Position verlagert. Dadurch wird die Differenz zu den Wähler:innenpositionen in diesem Punkt sehr groß und mithin der Kongruenzwert deutlich niedriger. Entsprechend würde eine Partei mit einem Mittelwert von 6,5 deutlich bessere Kongruenzwerte aufweisen als eine mit 6 oder 7 – relativ unabhängig von der Verteilung der Wähler:innenpositionen.

*Tabelle 11: Kongruenzwerte  $C_M$  auf der Links-Rechts-Skala für die Wähler:innen-Partei-Dyaden im Zeitraum zwischen Februar 2017 und September 2021*

Umfrage	Monat	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Welle 2	2–2017	0,965	0,926	(0,935)	0,955	0,771	(0,836)
Welle 7	9–2017	0,968	0,917	(0,963)	0,910	0,773	(0,866)
Welle 12	11–2019	0,971	0,917	0,954	0,928	0,765	0,868
Welle 14	11–2020	0,961	0,908	0,924	0,937	0,760	0,860
Welle 15	2–2021	0,967	0,905	0,926	0,928	0,767	0,892
Welle 19	9–2021	0,951	0,882	0,914	0,940	0,777	0,907

Werte von Parteien, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht im Bundestag vertreten waren, sind eingeklammert.

Für die Links-Rechts-Skala zeigt sich, dass es der Union über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg am besten gelingt, die Position ihrer Wähler:innen zu vertreten (Tabelle 11). Auch die Werte von Grüne und FDP liegen durchgehend über 0,9, der SPD-Wert fällt nur in der 19. Welle unter diese Schwelle – erstaunlicherweise kurz vor ihrem Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2021. Eine hohe, tendenziell auch steigende Übereinstimmung mit der Links-Rechts-Positionierung ihrer Wähler:innen weist auch die AfD auf. Lediglich die Linkspartei fällt etwas ab. Sie wird von ihrer Wähler:innenschaft auf der Skala ein ganzes Stück weiter links gesehen als diese sich selbst versteht.<sup>21</sup>

Zurückzuführen dürfte diese Diskrepanz nicht zuletzt auf den Bereich der Migrationspolitik sein (Tabelle 12). Auch hier weist die Linkspartei mit ihren Wähler:innen in der Regel die niedrigsten Übereinstimmungswerte auf: Die Partei wird durchgehend als deutlich migrationsfreundlicher wahrgenommen als sich ihre Wähler:innen selbst sehen. Ähnliches gilt, etwas weniger stark ausgeprägt, für die anderen Parteien. Lediglich die AfD trifft in diesem Themenfeld die Position der von ihr Repräsentierten sehr genau und/oder kann diese besonders gut von den Parteipositionen überzeugen. Die starke Übereinstimmung bestätigt nicht zuletzt die hohe Priorität, die Partei wie auch ihre Sympathisant:innen dem Themenkomplex Migration beimessen.

21 Zum Vergleich: In Welle 19 erreichen AfD-Wähler:innen mit der Linkspartei eine *Kongruenz* von 0,261.

Tabelle 12: Kongruenzwerte  $C_M$  beim Thema Zuzug Ausländer:innen für die Wähler:innen-Partei-Dyaden im Zeitraum zwischen Februar 2017 und September 2021

Umfrage	Monat	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Welle 2	2–2017	0,846	0,810	(0,790)	0,841	0,787	(0,968)
Welle 7	9–2017	0,821	0,815	(0,829)	0,805	0,767	(0,954)
Welle 10	11–2018	0,809	0,810	0,802	0,810	0,781	0,987
Welle 11	5–2019	0,839	0,794	0,795	0,813	0,783	0,973
Welle 14	11–2020	0,794	0,750	0,775	0,783	0,728	0,960
Welle 15	2–2021	0,825	0,794	0,776	0,823	0,738	0,959
Welle 19	9–2021	0,799	0,744	0,750	0,823	0,745	0,953

Werte von Parteien, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht im Bundestag vertreten waren, sind eingeklammert.

Tabelle 13: Kongruenzwerte  $C_M$  beim Thema Klimapolitik für die Wähler:innen-Partei-Dyaden im Zeitraum zwischen Februar 2017 und September 2021

Umfrage	Monat	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Welle 2	2–2017	0,840	0,830	0,787	0,920	0,877	0,820
Welle 7	9–2017	0,864	0,861	0,828	0,920	0,872	0,844
Welle 10	11–2018	0,793	0,790	0,786	0,908	0,831	0,789
Welle 11	5–2019	0,826	0,801	0,830	0,907	0,864	0,844
Welle 13	4–2020	0,844	0,854	0,821	0,869	0,877	0,887
Welle 14	11–2020	0,868	0,861	0,847	0,887	0,878	0,877
Welle 15	2–2021	0,870	0,868	0,884	0,892	0,859	0,896
Welle 19	9–2021	0,893	0,876	0,900	0,899	0,873	0,891

Werte von Parteien, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht im Bundestag vertreten waren, sind eingeklammert.

Beim Thema Klima-vs.-Wirtschaft kommen, über alle Wellen gesehen, die Grünen der Position ihrer Wähler:innen am nächsten (Tabelle 13). Aber auch die anderen Parteien weisen überwiegend hohe Kongruenzwerte auf. Interessant ist die unterschiedliche Entwicklung im Vergleich zur Migrationspolitik: Während die migrationspolitische Übereinstimmung der Wähler:innen mit der von ihnen gewählten Partei mit der heranrückenden Bundestagswahl eher sinkt, steigt im selben Zeitraum die Kongruenz beim Thema Klimaschutz.

Die höchsten Kongruenzwerte werden im tabellarisch nicht gesondert dargestellten Politikfeld der Sozialpolitik erreicht. Hier sind es vor allem FDP und CDU, die mit den Positionen ihrer Wähler:innen nahezu perfekt übereinstimmen. Generell fallen über alle Politikbereiche hinweg die hohen Übereinstimmungswerte innerhalb der Repräsentationsdyaden auf. Das ist auch dann noch bemerkenswert, wenn man berücksichtigt, dass die verwendeten Parteipositionen auf den Schätzungen ihrer Wähler:innen beruhen. Zumindest was die grundlegende Politikausrichtung angeht, scheinen die Parteien die von ihnen Repräsentierten inhaltlich gut präsent zu machen.

Die Kongruenzwerte alleine zeigen indes – auch im Zeitverlauf – lediglich die Resultate der Repräsentation, nicht den Akt des Repräsentierens (Louwerse & Andeweg 2020: 277b). Diesem kommt man näher, indem man die Positionsverschiebungen betrachtet, die im besten Fall als inhaltliche Anpassungsbewegungen bzw. affirmative *Responsivität* interpretiert werden können. Dafür sind im Wesentlichen die zwei von Mansbridge (2003) beschriebenen Varianten denkbar: Eine in die Vergangenheit gerichtete rückwirkende (*promissory*) Anpassung liegt dann vor, wenn die Parteiposition zum Zeitpunkt  $t$  der Wähler:innenposition zum vorhergehenden Zeitpunkt  $t - 1$  möglichst nahe kommt (Mansbridge 2003: 516). Alternativ kann die Anpassung antizipativ (*anticipatory*) in die Zukunft gerichtet erfolgen, was sich durch eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Wähler:innenposition zum Zeitpunkt  $t$  mit der Position der Partei zum vorherigen Zeitpunkt  $t - 1$  dokumentieren ließe, bzw. – im Sinne einer kontinuierlichen Evaluierung der Position der Wähler:innen – durch eine *Kongruenz* von Wähler:innen und Partei zu jedem Zeitpunkt  $t$  (Mansbridge 2003: 517).

Neben den *Kongruenzen* der Gesamtvarianz lassen sich für beide Varianten auch die Tendenzen von Median oder Mittelwert untersuchen. Beispielhaft wird hier dargestellt, inwiefern sich die Differenz der Mittelwerte zwischen zwei Zeitpunkten verändert hat: einerseits, im Sinne einer rückwirkenden *Responsivität*, ob die mittlere Parteiposition zum Zeitpunkt  $t$  näher am Wähler:innenwert für  $t - 1$  liegt als die Parteiposition zum Zeitpunkt  $t - 1$ , ob also eine Anpassung in die »richtige« Richtung stattfindet; und andererseits, im Sinne der antizipativen *Responsivität*, ob die Differenz von mittlerer Wähler:innen und Parteiposition zum Zeitpunkt  $t$  sich im Vergleich zu  $t - 1$  verringert hat, ob also die jeweils »aktuelle« Repräsentation besser ist als die vorhergehende.

Tabelle 14: Rückwirkende Responsivität  $R_{rück}$ 

Umfrage	Monat	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Welle 2	2–2017	/	/	/	/	/	/
Welle 7	9–2017	-0,06	-0,07	0,07	0,02	0,02	0,03
Welle 10	11–2018	-0,04	0,19	0,01	-0,01	0,09	0,19
Welle 11	5–2019	-0,04	0,12	0,14	-0,03	0,02	0,11
Welle 13	4–2020	-0,09	-0,10	0,02	0,02	-0,12	-0,02
Welle 14	11–2020	0,02	-0,07	0,03	-0,03	0,07	0,11
Welle 15	2–2021	0,09	-0,10	-0,14	-0,06	-0,20	-0,04
Welle 19	9–2021	-0,04	0,06	0,16	0,23	0,32	0,13

Entwicklung der Differenz zwischen mittlerer Parteiposition zum Zeitpunkt  $t$  und Wähler:innenposition zum Zeitpunkt  $t - 1$  im Vergleich zur Differenz beider Positionen zum Zeitpunkt  $t - 1$  im sozioökonomischen Bereich. Positive Werte verweisen auf eine Vergrößerung, negative auf eine Verringerung der Differenz.

Für die Mittelwerte der Positionen der Parteien  $\overline{f_P}$  und Wähler:innen  $\overline{f_W}$  liegt demnach eine rückwirkende bzw. antizipative *Responsivität* vor, wenn gilt:

$$R_{rück}: |\overline{f_P}(x,t) - \overline{f_W}(x,t-1)| < |\overline{f_P}(x,t-1) - \overline{f_W}(x,t-1)|$$

$$R_{ant}: |\overline{f_P}(x,t) - \overline{f_W}(x,t)| < |\overline{f_P}(x,t-1) - \overline{f_W}(x,t-1)|$$

Die Möglichkeit, solche Anpassungsbewegungen zu untersuchen, ist allerdings stark von der Datenverfügbarkeit abhängig. Im konkreten Fall können meist nur relativ weit voneinander entfernte Zeitpunkte verglichen werden, sodass sich dadurch allenfalls eine längerfristig ausgerichtete Repräsentationshandlung veranschaulichen lässt. Beispielhaft in Tabelle 14 und 15 dargestellt sind die Mittelwertentwicklungen für die sozioökonomische Dimension. Negative Werte deuten auf eine erfolgreiche Anpassungsbewegung hin. Auffällig ist die zum Teil sehr unterschiedliche Anpassungsleistung. So verschiebt die FDP ihre mittlere Position etwa nur in einem Fall (zwischen Welle 14 und 15) in Richtung der vorherigen Position ihrer Wähler:innen (rückwirkend). Andererseits gelingt es ihr aber zumindest in jedem zweiten Fall, die Differenz zum jeweiligen Zeitpunkt im Vergleich zum vorhergehenden Zeitpunkt zu verringern (antizipativ).

Tabelle 15: Antizipative Responsivität  $R_{ant}$ 

Umfrage	Monat	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Welle 2	2-2017	/	/	/	/	/	/
Welle 7	9-2017	0,01	0,14	-0,08	0,00	0,10	0,01
Welle 10	11-2018	0,02	-0,14	0,01	0,03	-0,15	-0,14
Welle 11	5-2019	-0,06	-0,05	-0,06	0,03	-0,02	0,07
Welle 13	4-2020	0,11	0,02	0,09	-0,03	0,09	0,05
Welle 14	11-2020	-0,07	0,03	-0,04	-0,06	-0,09	-0,12
Welle 15	2-2021	-0,12	0,01	0,22	0,12	0,09	0,10
Welle 19	9-2021	0,17	-0,14	-0,04	-0,09	-0,11	-0,01

Entwicklung der Differenz zwischen mittlerer Parteiposition und Wähler:innenposition im sozioökonomischen Bereich zum Zeitpunkt  $t$  im Vergleich zur Differenz beider Positionen zum Zeitpunkt  $t - 1$ . Positive Werte verweisen auf eine Vergrößerung, negative auf eine Verringerung der Differenz.

Eine Variante der antizipativen Anpassungsleistung stellt eine Positionsverschiebung der Partei in dieselbe Richtung dar, in die sich auch die Wähler:innen bewegen. Für eine  $k$ -stufige Skala gilt dann:

$$R_{ant} = \frac{f_P(x,t) - f_P(x,t-1)}{k-1} * \frac{f_W(x,t) - f_W(x,t-1)}{k-1}$$

$R_{ant}$  kann theoretisch Werte zwischen 1 und -1 annehmen, wobei 1 bei der maximal möglichen Positionsverschiebung in dieselbe Richtung erreicht wird und -1 bei der maximal möglichen in unterschiedliche Richtungen. In Tabelle 16 zeigt sich, dass das Maß unter realen Bedingungen kleinere Werte annimmt, sodass sich in erster Linie die Vorzeichen interpretieren lassen. Demnach gelingt es im sozioökonomischen Politikfeld nach Einschätzung ihrer Wähler:innen keiner Partei durchgehend, die politische Richtungsänderung der von ihnen Repräsentierten zu spiegeln, allerdings immerhin in vier von sieben (CDU, FDP, Grüne und Linkspartei) bzw. fünf von sieben (SPD und AfD) Fällen. Gleichgerichtete Positionsänderungen sind zudem überwiegend deutlich stärker ausgeprägt als die Entwicklung in unterschiedliche Richtungen. Am stärksten noch entwickeln sich FDP und AfD zwischen der 14. und 15. Welle an ihren Wähler:innen vorbei. Die beste Anpassung gelingt der CDU zwischen der 15. und 19. Welle.

Tabelle 16: Antizipative Responsivität  $R_{ant}$ 

Umfrage	Monat	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Welle 2	2–2017	/	/	/	/	/	/
Welle 7	9–2017	0,00008	-0,00013	-0,00001	0,00001	0,00008	0,00012
Welle 10	11–2018	0,00002	0,00024	0,00000	-0,00001	-0,00016	0,00027
Welle 11	5–2019	0,00010	0,00025	0,00031	0,00000	0,00000	0,00054
Welle 13	4–2020	-0,00005	0,00024	0,00006	-0,00001	0,00009	0,00029
Welle 14	11–2020	-0,00003	0,00009	-0,00001	0,00006	-0,00005	-0,00002
Welle 15	2–2021	-0,00007	0,00025	-0,00032	-0,00010	0,00059	-0,00019
Welle 19	9–2021	0,00296	-0,00012	0,00054	0,00087	0,00181	0,00078

Verhältnis der Positionsveränderung der Parteien zwischen Zeitpunkt  $t - 1$  und  $t$  zu der ihrer Wähler:innen im sozioökonomischen Bereich. Positive Werte zeigen eine Verschiebung in dieselbe, negative in unterschiedliche R.

An dieser Stelle ist allerdings einmal mehr anzumerken, dass die *Responsivität* hier auf Basis der Positionsschätzung durch ihre eigenen Wähler:innen berechnet wird. Insofern kann nicht von einer objektiv feststellbaren Anpassungsleistung die Rede sein, sondern allenfalls von einer durch die Wähler:innen bescheinigten. Da die Wiedererkennbarkeit allerdings – wie in Schritt 4 ausgeführt wurde – zentraler Bestandteil der Präsentmachung ist, lässt sich dies durchaus als Aspekt einer gelingenden Repräsentation deuten.

Insgesamt lassen die empirischen Ergebnisse zur *Zielberücksichtigung* und *Zielentsprechung* darauf schließen, dass zwischen den Parlamentarier:innen und den von ihnen vertretenen Wähler:innen eine durchaus intakte (Ziel-)Repräsentationsbeziehung besteht. So wurde gezeigt, dass sich die Themenpräferenzen der Wähler:innen absolut, vor allem aber relativ gesehen durchaus in den Bundestagsdebatten spiegeln, auch wenn dort eine deutlich größere thematische Breite vertreten ist. Sichtbar wurde ebenfalls, dass der Bundestag in seiner Gesamtheit die politischen Positionen der Bevölkerung bezüglich der Links-Rechts-Skala, aber auch verschiedener themenspezifischer Skalen relativ gleichbleibend abbildet. Noch größer – aber aufgrund der methodischen Einschränkungen auch bedingt aussagekräftig – fällt die Übereinstimmung der Wähler:innen mit den von ihnen präferierten Parteien aus.<sup>22</sup> Auch angesichts der ausgeklammerten Funktionsaspekte – etwa der Zielkonstruktion oder der Herstellung von Handlungspräsenz –

22 Vor dem Hintergrund der für andere Funktionsaspekte durchaus zweckmäßigen Distanzstiftung der Repräsentation ließe sich der Frage nachgehen, ob die Übereinstimmung in einigen Fällen vielleicht sogar zu stark ausfällt.

ist das Ergebnis zurückhaltend zu interpretieren. Rückschlüsse auf die grundsätzliche Güte der Repräsentation oder gar des demokratischen Systems als Ganzem sind nur insofern möglich und sinnvoll, als die *Zielrepräsentation* zum entscheidenden Qualitätskriterium erhoben wird.

### 3. Beispiel 2: Die symbolische Repräsentation durch links und rechts

---

Anknüpfend an die in den 1990er Jahren aufkommende Debatte der Repräsentation von Gruppenidentitäten hat die zuvor oft stiefmütterlich behandelte symbolische Dimension vor allem im letzten Jahrzehnt verstärkte Aufmerksamkeit erfahren. Anders als noch bei Pitkin steht dabei nicht nur die potenziell exkludierende und diskriminierende Wirkung von Symbolen im Mittelpunkt, sondern auch die mögliche konstruktive und integrative Funktion. Im deutschsprachigen Kontext haben vor allem Gerhard Göhler (1999, 2007, 2016) und Paula Diehl (2012, 2016) eine entsprechende Bresche geschlagen. International hat die Arbeit von Stuart Hall (1997a) zur kulturellen Repräsentation und symbolischen Praktiken viel Resonanz gefunden. Und spätestens mit den für den demokratietheoretischen »constructivist turn« (Disch 2015) maßgeblichen Arbeiten von Michael Saward (2006) und Andrew Rehfeld (2006) rückte auch die symbolische Wirkungsdimension der politischen Repräsentation stärker in den Fokus.

Empirisch hat sich diese Entwicklung vor allem in der Auseinandersetzung mit der symbolischen Bedeutung deskriptiver Repräsentation niedergeschlagen (Lombardo & Meier 2019). In den Blick genommen wurde hierbei die sozial integrative – und insbesondere die affektivitätsstiftende – Funktion einer symbolischen Vertretung durch die Präsenz von Frauen oder Minderheitenvertreter:innen in öffentlichen Ämtern. So haben etwa Jennifer Lawless (2004) oder Atiya Kai Stokes-Brown und Kathleen Dolan (2010) die vertrauens- und zustimmungsbildende Wirkung durch das Vorhandensein entsprechender Abgeordneter untersucht. Auf den Schnittstellenbereich zur deskriptiven Repräsentation entfallen auch eine ganze Reihe von Analysen im Feld der »representative bureaucracy«, deren Erkenntnisse Yao Wang (2024) in einer Meta-Studie zusammenführt. Untersucht wird hierbei, inwiefern das Vorhandensein von – in diesem Zusammenhang als Symbol für die Gruppe verstandenen – Mitgliedern bestimmter Gruppen in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Verwaltungen Einfluss auf die Identifikation mit und/oder Evaluation der jeweiligen staatlichen Einrichtung nimmt.

Während hierbei in der Regel vorausgesetzt wird, dass deskriptive Vertreter:innen von den entsprechenden Gruppen als Symbole wahrgenommen werden, kon-

zentrieren sich Arbeiten wie etwa die von Nadia Brown und Sarah Allen Gershon (2016a; 2016b) stärker auf die symbolische Praxis selbst. Sie analysieren mit einem Mixed-Methods-Zugang, ob und wie intersektionale Gruppenidentitäten symbolisch vermittelt werden. Andere Autor:innen nutzen Elemente der qualitativen Diskursanalyse, um den Symbolgehalten näherzukommen (Verge & Pastor 2018; Lombardo & Meier 2017). Abgesehen von diesen Beispielen ist die empirische Analyse symbolischer Repräsentation – vor allem jenseits deskriptiv-repräsentativer Symbole – allerdings noch eher rudimentär erschlossen. Insofern bietet es sich an, die Tauglichkeit der vorgelegten Systematik in diesem Untersuchungsfeld zu erproben.

Als Beispiel werden die bereits in Kapitel D.4.4 zur Veranschaulichung angeführten Begriffe *links* und *rechts* gewählt. Untersucht werden soll, inwiefern es sich bei *links* und *rechts* um funktionale politische Symbole handelt – wobei vor dem Hintergrund der unvermeidlichen gegenseitigen Bezugnahme treffender von einem gemeinsamen (Doppel-)Symbol die Rede sein sollte. Die Auswahl dieses Beispiels lässt sich einerseits durch die bedeutende Rolle der beiden Begriffe im politischen Diskurs motivieren, die sie zu potenziell wirkmächtigen symbolischen Repräsentanten macht. Angesichts der bereits im Kontext der Zielvertretung verwendeten Links-Rechts-Skala lässt sich an diesem Beispiel andererseits die Vielschichtigkeit von Repräsentationszusammenhängen gut nachvollziehen. Während *links* und *rechts* im vorangegangenen Kapitel als substantielle Inhalte einer Handlungsrepräsentation betrachtet wurden, handelt es sich bei den beiden – wie im Folgenden deutlich werden wird – gleichzeitig selbst um symbolische Repräsentanten. In dieser Rolle können *links* und *rechts* grundsätzlich andere, mit denen der Handlungsrepräsentation aber dennoch in Verbindung stehende, Funktionen erfüllen.

## Schritt 1: Identifikation der relevanten Funktionsaspekte

Angesichts der expliziten Fokussierung auf die symbolische Dimension der Repräsentation stellt sich die Wahl der relevanten Funktionsaspekte relativ eindeutig dar (vgl. Tabelle 3, Spalte 1). Die oben genannten Analysen zeigen aber, dass für die Erkundung des symbolischen Wirkungsbereichs häufig auch die deskriptive Vertretung eine Rolle spielt. Auch politisch-inhaltliche Zielsetzungen haben häufig eine starke symbolische Komponente – so etwa die regelmäßig aufkommenden Diskussionen um eine Asyl-Obergrenze oder eine Leitkultur. Und – wie im ersten Beispiel anhand der Verortung auf einer Links-Rechts-Skala zu sehen war – kann gerade dem hier untersuchten (Doppel-)Symbol auch eine Bedeutung für die Handlungs- und Prozessdimension der Repräsentation bescheinigt werden. Für diese Beispielanalyse soll der Fokus allerdings allein auf dem Bereich der *Symbolisierung* ruhen und hierbei speziell auf dem empirisch noch kaum ausgeleuchteten Funktionsbereich der *Orientierungsstiftung*.

## Schritt 2: Bestimmung der zu untersuchenden Beziehung

Die zu beschreibende Beziehung findet statt zwischen dem politisch-ideologischen Konzept und seiner Repräsentation in den beiden sprachlichen Symbolen *links* und *rechts*. Welche genauen Ordnungsvorstellungen hierbei präsent werden (können), ist angesichts der begrifflichen Entwicklungsgeschichte, aber auch der kulturell und sogar milieuspezifisch unterschiedlichen Ausformungen nicht eindeutig. Teil dieser Bedeutungsvielfalt, aber gleichzeitig auch Teil der Erfolgsgeschichte von *links* und *rechts* als politische Symbole sind die bereits existierenden vorpolitischen Bedeutungsebenen. So symbolisiert rechts in christlichen (aber auch muslimischen) Kontexten Rechtschaffenheit und Pflichterfüllung, während links als Symbol der Abweichung, mitunter gar des Regelbruchs gilt. Entsprechend werden ehrenvolle Taten in vielen Kulturen klassischerweise mit der rechten, unreine mit der linken Hand ausgeführt (vgl. Laponce 1981: 40).<sup>1</sup> Frühe politische Lesarten konnten im Zuge der französischen Revolution und der Entstehung moderner Parlamente an diese Bedeutungsebenen anknüpfen: *Rechte* sahen sich der geltenden göttlichen und weltlichen Ordnung verpflichtet, galten als Unterstützer:innen von Monarchismus, Ständestaat und kirchlichen Privilegien, während *Linke* diese Ordnung zu überwinden suchten, sich als (radikal-)demokratisch, egalitär und liberal verstanden. Joachim Raschke spricht in diesem Zusammenhang auch von der »Erfindung von Links/Rechts als politisches Richtungsschema« (1998). Mit dem Entstehen neuer politischer Bewegungen und Themenfelder hat das Begriffsverständnis immer wieder Neuausrichtungen erfahren – besonders einflussreich durch das Aufkommen kommunistischer und sozialistischer Ideen –, meist ohne dass die alten Bedeutungsebenen vollständig verschwanden (vgl. Scherer 2020: 65–99). Daraus ergibt sich auf beiden Seiten des Spektrums ein uneindeutiges und in manchen Aspekten sogar latent widersprüchliches Begriffsbild. Dass *links* und *rechts* als (Doppel-)Symbol eine Orientierungsfunktion erfüllen können, ist insofern alles andere als selbstverständlich.

## Schritt 3: Auswahl der Evaluationskriterien und grundlegende Konzeption

Grundsätzlich können Symbole zwei Funktionsaspekte der *Orientierungsstiftung* erfüllen (vgl. Tabelle 3, Spalte 2): Einerseits können sie *Erwartungssicherheit* erzeugen und andererseits ein *Positionierungsangebot* unterbreiten. Beide Aspekte sollen hier berücksichtigt werden. Erwartungssicherheit bieten Symbole zunächst dann, wenn

1 Hierfür spielt ohne Zweifel auch die über alle Kulturkreise hinweg nachweisbare anatomische Dominanz der rechten Hand (Papadatou-Pastou et al. 2020) oder auch des rechten Beins (Tran und Voracek 2016) eine Rolle.

sie als solche erkennbar sind (*Wiedererkennbarkeit des Symbols*), wenn also im konkreten Fall von *links* und *rechts* diejenigen, denen das Symbol Orientierung bieten soll, über die bloße räumlichen, auch die politische Bedeutung der Begriffe wahrnehmen. Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (1989) schlagen als entsprechenden Indikator die in zahlreichen Umfragen enthaltene Frage nach der Selbstverortung auf einer entweder zeh- oder elfstufigen Links-Rechts-Skala vor. Sie gehen davon aus, dass die Befragten, die in der Lage sind, sich selbst auf der Skala zu platzieren, mit dem Konzept wenigstens grundsätzlich vertraut sind – sich also über den symbolischen Charakter der Begriffe im Klaren sind. Von einem tiefergehenden Verständnis sprechen sie dann, wenn die Befragten auch in der Lage sind, in einer offenen Abfrage Auskunft über die Bedeutung der Begriffe geben zu können (Fuchs & Klingemann 1989: 486). Eine hier nicht zum Einsatz kommende mögliche Alternative zu diesem klassischen Ansatz wäre eine etwa mithilfe von Mediendaten durchgeführte Analyse der alltagssprachlichen Verwendung der Begriffe und ihrer politischen Bedeutungsebenen.

Erwartungssicherheit wird zweitens dadurch gewährleistet, dass ein Symbol einen gemeinsamen Bedeutungsrahmen schafft und vergegenwärtigt (*Existenz eines geteilten symbolischen Bedeutungsrahmens*). Dies zeigt sich etwa darin, dass es bei seinen Nutzer:innen ähnliche Assoziationen hervorruft, ihm ähnliche Bedeutungen zugeschrieben werden – etwa bestimmte Ideen, Werte, Positionen oder auch soziale Gruppenbezüge. In dieser Hinsicht funktionsfähig ist ein Symbol dann, wenn sich die entsprechenden Erwartungen im Alltag bewähren oder jedenfalls nur selten enttäuscht werden. Dafür ist es einerseits wichtig, mit den eigenen Erwartungen nicht alleine zu sein, sondern diese im jeweils eigenen sozialen Kontext oder sogar in der Gesamtbevölkerung wiederzufinden. Als Kriterium kann also die Kohärenz der mit dem Symbol verbundenen Assoziationen herangezogen werden. Von Bedeutung ist andererseits, dass sich die symbolische Heuristik im Alltagsleben bestätigt. Dies ist dann der Fall, wenn die mit den Begriffen *links* oder *rechts* verbundenen inhaltlichen Vorstellungen oder sozialstrukturellen Merkmale sich tatsächlich entsprechend politisch verorten lassen – wenn sich also beispielsweise Arbeiter:innen, wie erwartet, dem politischen linken Spektrum zuordnen lassen.

Der Funktionsaspekt eines *Positionierungsangebots* zeigt sich einerseits dadurch, dass das Symbol eine irgendwie geartete politische Positionierung – durch Identifikation oder Abgrenzung – erlaubt (*Vermittlung eines politischen Optionsraums der Positionierung*). Ob dies grundsätzlich möglich ist, lässt sich vor allem theoretisch beantworten. Allerdings kann die tatsächliche Fähigkeit der Nutzer:innen, sich selbst zum Symbol zu positionieren, wie oben durch die Selbstplatzierung auf der Links-Rechts-Skala auch empirisch untersucht werden. Wirklich politisch fruchtbar wird das (Doppel-)Symbol dann, wenn es strukturierend wirkt. Dafür ist es zum einen notwendig, dass auch andere – etwa politische Parteien oder Politiker:innen – differenzierend auf der Skala platziert werden können. Zum anderen muss die Struk-

turierung – also der durch das Symbol gestiftete Optionsraum – für die tatsächliche politische Auseinandersetzung relevant sein.

#### Schritt 4: Begriffstheoretische Ausrichtung des Modells

- **Präsenzgewinn:** Symbolische Präsenz wird generiert, wenn das Symbol die politische Orientierung steigert. Um dies beurteilen zu können, ist ein Vergleich notwendig – etwa zwischen der Wiedererkennbarkeit oder der Möglichkeit zur politischen Positionierung im Verhältnis zu anderen Symbolen. Allerdings sind solche Vergleiche gerade im symbolischen Kontext, in dem es sich bei jedem Repräsentanten um ein Unikat handelt, nur schwer zu ziehen. Im Fall von *links* und *rechts* könnte ein Vergleich zu sprachlichen Symbolen wie *liberal* und *konservativ* am ehesten Sinn ergeben. Hierfür liegen jedoch für die meisten Kontexte keine entsprechenden Befragungsdaten vor.<sup>2</sup> Auch eine interkulturelle Vergleichsebene ist denkbar. So könnte die symbolische Funktionsfähigkeit von *links* und *rechts* zwischen verschiedenen Staaten verglichen werden. In dieser Beispielanalyse wird zum Vergleich hingegen überwiegend die Zeitdimension herangezogen.
- **Prozesshaftigkeit:** Auch symbolische Präsenz muss stetig erneuert werden bzw. sich aufs Neue erweisen. Das Symbol kann über Zeit an Klarheit gewinnen oder an Relevanz verlieren. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil sich der symbolische Gehalt im Zeitverlauf ändern kann, was – wie oben angedeutet wurde – bei dem (Doppel-)Symbol *links* und *rechts* auch der Fall war.
- **Substanz:** Im symbolischen Kontext ist die Substanz naturgemäß nicht eindeutig zu bestimmen. Denn ein Symbol kann für verschiedene Personen gleichzeitig sehr unterschiedliche Bedeutungsgehalte vermitteln – in diesem Fall etwa verschiedene Spektren von Werten, Zielen und Zugehörigkeiten. Entscheidender als ein bestimmter Begriffsinhalt ist insofern, ob das Symbol überhaupt etwas präsent macht.
- **Wiedererkennbarkeit:** Symbolische – und vor allem sprachlich-symbolische – Repräsentationen basieren allenfalls ansatzweise auf einer Ähnlichkeit von Repräsentant:in und Repräsentiertem. Um erkannt zu werden, müssen Symbole bzw. der Symbolgehalt bekannt sein. *Links* und *rechts* können beispielsweise zwar an die – ebenfalls symbolische – vorpolitische Bedeutung von *rechts* als rechtschaffen und *links* als deviant anschließen, ein dezidiert politischer Kontext ist daraus allerdings nicht ableitbar. Für die Wirksamkeit eines Symbols –

2 Eine Ausnahme stellt die Beurteilung der Konfliktintensität zwischen verschiedenen möglichen Konfliktgruppen – u.a. politisch links und rechts positionierten Personen – im ALLBUS 2021 (GESIS 2023) dar.

und entsprechend für deren Evaluation – ist seine Bekanntheit deshalb von elementarer Bedeutung.

- **Kontextabhängigkeit:** Symbole sind generell mehrdeutig. Für *links* und *rechts* gilt dies in besonderem Maße: Welche Inhalte mit den Begriffen assoziiert werden und wie sie für ihre Nutzer:innen das politische Spektrum strukturieren, hängt beispielsweise vom historischen (Inglehart 1971, Laponce 1981: 47–68, Scherer 2020: 65–99), kulturellen (Noel & Theri n 2008: 32–55; Piurku et al. 2011; Freire & Kivistik 2013) oder sozialstrukturellen (Freire & Belchior 2011; Horneber & Barth 2021) Kontext ab. Zwar können sie dennoch als wirkmächtige Symbole fungieren, allerdings nicht für jeden auf dieselbe Weise. In dieser Analyse wird dies zumindest insofern berücksichtigt, als sehr unterschiedliche Wirkungsebenen in Erwägung gezogen werden: *Links* und *rechts* können etwa dabei helfen, sich in einem Wertekontext zu orientieren, politisch-inhaltliche Präferenzen auszubilden oder politische Akteure zu verorten.
- **Wirkungsvielfalt:** Für eine Orientierungsstiftung sind beide Wirkungsweisen der Repräsentation von Bedeutung: Symbole können vor allem für die sich damit identifizierende Gruppe homogenisierend und einheitsstiftend wirken. Durch ein gemeinsames Symbolverständnis stiften sie Erwartungssicherheit und Verbundenheit. Nach außen hin bzw. in Abgrenzung von anderen Symbolgruppen bieten sie hingegen die Möglichkeit der Differenzierung, die für eine politische Positionierung unverzichtbar ist. Durch ihre binäre Beschaffenheit ist dem (Doppel-)Symbol *links* und *rechts* eine plurale Grundstruktur tief eingeschrieben, was es zu einem besonders geeigneten Repräsentanten eines politischen Konfliktraums macht.
- **Distanz:** Die in den vorangegangenen Punkten angedeutete begriffliche Unschärfe zu aufzulösen, kann und soll dabei nicht das Ziel einer (symbolischen) Repräsentation sein. Sofern *links* und *rechts* zu dem mit ihnen verbundenen Konzept in einem Repr sentationsverh ltnis stehen, bleiben sie von diesem notwendigerweise verschieden. Es handelt sich nicht um Zeichen, die über ihren Inhalt möglichst unzweifelhaft Aufschluss geben, sondern um mehrdeutige und möglicherweise missverständliche Symbole. Gerade aus dieser gewissen Unbestimmtheit, aus der »Eigenständigkeit« der Begriffe gegenüber einem ansonsten erstarrenden Konzept schöpfen *links* und *rechts* ihre integrative wie auch differenzierende Vitalität. In Anlehnung an Niklas Luhmann schreiben Fuchs und Klingemann dem Links-Rechts-Schema die Funktion eines sogenannten »generalisierten Kommunikationsmediums« zu, das gerade deshalb so wirkungsvoll ist, weil es eine Kommunikation auch bei »nicht-identischem Verständnis der Beteiligten« (1989: 484) ermöglicht.
- **Verknüpfung:** Eine Repräsentation findet nur dann statt, wenn das Symbol tatsächlich mit dem Symbolisierten in Verbindung gebracht wird. Wird die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala etwa aufgrund der eigenen Links- bzw.

Rechtshändigkeit oder durch Raten vorgenommen, wird das Symbol nur scheinbar wirksam. Dasselbe gilt im Prinzip dann, wenn die Linkspartei allein deshalb *links* verortet wird, weil sie den Begriff im Namen trägt.

- **Wechselseitigkeit:** Die Wechselseitigkeit der Repräsentation ist im symbolischen Kontext besonders evident: Das Symbol vergegenwärtigt nicht nur ein – in diesem Fall politisches – Konzept. Ebenso wird das Konzept durch den jeweiligen Kontext, in dem das Symbol gebraucht wird, verändert. So werden *links* und *rechts* etwa nicht nur als analytische Beschreibungen, sondern auch als Kampfbegriffe zur Diskreditierung anderer eingesetzt. Manche Bewegungen wiederum wählen einen der Richtungsbegriffe zur politischen Selbstbeschreibung und formen dadurch wiederum mit, was als *links* bzw. *rechts* zu gelten hat und ob eine entsprechende Selbstverortung gesellschaftlich akzeptiert oder verpönt ist. Insofern wäre der wechselseitige Repräsentationscharakter vor allem für eine – im Rahmen dieser Analyse nicht untersuchte – Änderung der Links-Rechts-Positionen über einen längeren Zeitraum hinweg, aber auch für die Interpretation der im Zeitverlauf unterschiedlich starken Nutzung des (Doppel-)Symbols, von entscheidender Bedeutung.

## Schritt 5: Operationalisierung und Analyse

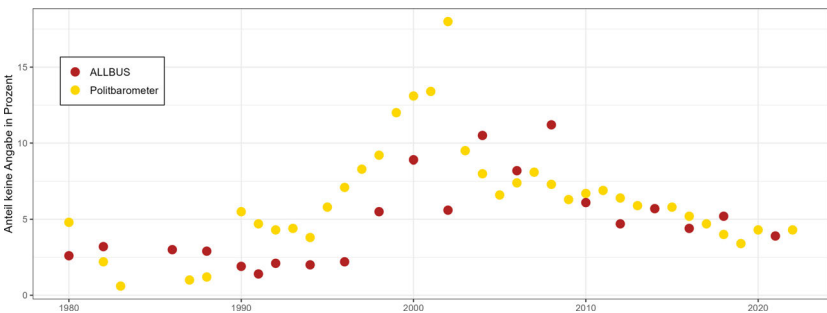
### Wiedererkennbarkeit des Symbols

Die Bekanntheit von *links* und *rechts* als Symbol soll mithilfe zweier Analysen untersucht werden. Zum einen wird überprüft, wie hoch der Anteil der Befragten ist, die sich auf einer Links-Rechts-Skala verorten können. Hierfür werden der ALLBUS der Jahre 1980–2021 (GESIS 2024) sowie die Politbarometerdaten (Forschungsgruppe Wahlen 2023) für denselben Zeitraum verwendet. Auf diese Weise kann eine Entwicklung über einen längeren Zeitraum nachgezeichnet werden. Zum anderen wird der Anteil der Antworten auf die offenen Fragen zur Bedeutung von *links* und *rechts* in den Blick genommen. Da diese Fragen extrem selten gestellt werden, stehen hierfür lediglich Daten aus dem ALLBUS 2008 (GESIS 2015) sowie der Artikel von Fuchs und Klingemann (1989) zur Verfügung.

Die Auswertung der ALLBUS- und Politbarometerdaten zeigt, dass sich in den meisten Jahren über 90 Prozent der Befragten auf der Links-Rechts-Skala verorten konnten und insofern mit dem (Doppel-)Symbol zumindest grundsätzlich vertraut gewesen sein dürften (Abbildung 9). Lediglich um die Jahrtausendwende herum stieg der Anteil derer, die bei dieser Frage keine Angabe machten – sich also nicht

auf der Skala verorten konnten oder wollten – in einigen Jahren über 10 Prozent.<sup>3</sup> Dass dieser Effekt in beiden Umfragereihen nahezu parallel auftritt, lässt darauf schließen, dass dem politischen Ordnungssymbol *links* und *rechts* in diesen Jahren offenbar weniger Aussagekraft zukam. Mit anderen Worten waren die Begriffe in dieser Zeit weniger überzeugende symbolische Repräsentanten. Dies deckt sich mit zeitgenössischen Klagen über eine postdemokratische Entwicklung (Crouch 2008) und die Entpolitisierung der politischen Arena (Mouffe 2015).

Abbildung 9: Anteil der Personen, die sich in den Umfragen zwischen 1980 und 2022 nicht auf der Links-Rechts-Skala verorten



Ob die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala tatsächlich in allen Fällen auf eine Verknüpfung von (Doppel-)Symbol und ihrem politisch-ideologischen Gehalt zurückgeht, lässt sich nicht nachvollziehen. Es ist davon auszugehen, dass der Wert derer, bei denen *links* und *rechts* tatsächlich eine symbolische Repräsentationsleistung erbringen, durch diese Messung überschätzt wird. Etwas zuverlässigere Auskunft darüber erteilt die Zahl derer, die in der Lage sind, eine Assoziation zu den Begriffen zu nennen. Im Jahr 2008 waren dies für jeden der Begriffe 81,3 % der Befragten (Züll & Scholz 2012: 107f.). Dies liegt etwas unter den 1989 von Fuchs und Klingemann festgestellten Werten. Demnach konnten 87 Prozent der Befragten eine Antwort auf die Frage geben, was sie mit *links* verbinden. Beim Begriff *rechts* waren es immerhin noch 83 Prozent (Fuchs & Klingemann 1989: 487). Aufgrund der unterschiedlichen Samplings sind die Werte nicht ohne weiteres vergleichbar. Dennoch sprechen die Ergebnisse für eine relativ gleichbleibend hohe Bekanntheit des Symbols.

3 Beide Umfragen unterscheiden überwiegend nicht zwischen verschiedenen ungültigen Antworten, sondern weisen alle unter dem Label »keine Angabe« aus. Lediglich der ALLBUS 1980 und 1990 unterscheidet davon zusätzlich die Kategorien »Weiß nicht« und »Verweigert«. Beide wurden für diese Berechnung mit der Kategorie »keine Angabe« zusammengefasst.

## Existenz eines geteilten symbolischen Bedeutungsrahmens

Anhand der offen abgefragten Begriffsassoziationen mit *links* und *rechts* lässt sich auch der mit dem (Doppel-)Symbol verbundene Bedeutungsrahmen untersuchen. Hierzu können die entsprechenden Nennungen in thematischen Kategorien zusammengefasst werden. Ein mögliches Kategorienschema schlagen Cornelia Züll, Evi Scholz und Hermann Schmitt (2010) vor. Ihre Analyse der 2008er ALLBUS-Daten zeigt eine starke Heterogenität der mit den Begriffen verbundenen Assoziationen (91–99) – selbst dann noch, wenn man die feingliedrige Kategorisierung in größeren Sammelbegriffen zusammenführt (Züll & Scholz 2012: 107f.). Alice Barth und ich haben mithilfe eines Korrespondenzanalyseverfahrens gezeigt, dass sich aus der Vielgestaltigkeit der Nennungen dennoch kohärente Begriffsbilder ergeben und dass diese Bilder mit der sozialstrukturellen Position der Befragten zusammenhängen (2021). Demnach existiert zwar kein einheitliches Konzept von *links* und *rechts*, allerdings verschiedene, in sich durchaus schlüssig gebrauchte Konzepte.

Weiteren Aufschluss über die Kohärenz der mit den Begriffen verbundenen Assoziationen erlaubt der Vergleich der Links-Rechts-Skala mit anderen politischen Themenskalen. Hierzu werden die insgesamt fünf themenspezifischen Skalen betrachtet, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen 2013, 2017 und 2021 im Rahmen der GLES-Panels 2013 (GLES 2016) bzw. 2016–2021 (GLES 2023a) erhoben wurden. Neben den bereits im ersten Fallbeispiel verwendeten siebenstufigen Skalen zur Steuer- und Sozialpolitik, zur Migrationspolitik sowie zur Klimapolitik sind dort auch entsprechende Positionsabfragen zur Integration von Ausländer:innen (1 = vollständige Anpassung, 7 = nach eigener Kultur leben) sowie zur Europapolitik (1 = Europäische Einigung vorantreiben, 7 = geht schon jetzt zu weit) enthalten. *Links* und *rechts* können – so die dahinterstehende Überlegung – umso größere politische Erwartungssicherheit stiften, je stärker die Links-Rechts-Skala mit einer oder mehreren solcher themenspezifischen Skalen korreliert. Tatsächlich fallen die Korrelationen der Links-Rechts-Skala mit allen der politischen Themenskalen nicht besonders stark aus, werden aber im Zeitverlauf stärker (Tabelle 17). Im Jahr 2013 liegen die Korrelationswerte in allen Themenfeldern unter 0,4, im Jahr 2021 wird dieser Wert immerhin in zwei Fällen überschritten. Dennoch zeigt sich, dass der begriffliche Gehalt von *links* und *rechts* in Bezug auf spezifische Politiken begrenzt ist.

Tabelle 17: Korrelationen der Links-Rechts-Skala mit themenspezifischen Positionen

	Steuer- und Sozialpolitik	Migrationspolitik	Klimapolitik	Integration Ausländer:innen	Europäische Integration
2013	-0,357	0,300	0,314	-0,227	0,179
2017	-0,319	0,422	0,312	-0,298	0,273
2021	-0,369	0,459	0,424	-0,324	0,325

Alle Korrelationen sind auf dem 0,01 %-Niveau signifikant.

Als »generalisiertes Kommunikationsmedium« besteht der symbolische Mehrwert von *links* und *rechts* allerdings möglicherweise gar nicht so sehr in der exakten *Kongruenz* mit einem einzelnen politischen Thema. Stattdessen fungieren die Begriffe idealerweise als allgemeine Heuristik für alle entsprechenden Themen. Im Sinne eines geteilten Bedeutungsrahmens ist die Links-Rechts-Verortung entsprechend umso funktionaler, je näher sie einer, das gesamte politische Themenspektrum einbeziehenden, generellen Konfliktachse kommt. Um zu überprüfen, inwiefern sich die verschiedenen themenspezifischen Konflikte auf eine oder wenige gemeinsame Strukturachsen zurückführen lassen, wird eine explorative Faktorenanalyse über die unterschiedlichen Skalen durchgeführt.<sup>4</sup> Mithilfe dieses Verfahrens lassen sich zwischen mehreren Variablen bestehende gemeinsame Strukturen ermitteln und interpretieren. Konkret wird also überprüft, ob sich der in den fünf Skalenvariablen steckende Informationsgehalt zu einem großen Anteil auch durch wenige sogenannte Faktorvariablen – oder kurz Faktoren – erklären lässt.

Das Eigenwertkriterium zur Bestimmung der Anzahl an Faktoren legt für jedes der drei Jahre die Extraktion genau einer entsprechenden Variable nahe. Diese kann zwischen 41,47 (2013) und 49,76 Prozent (2021) der Gesamtvarianz aufklären. Die Faktorenwerte weisen auf eine in allen Fällen sehr ähnliche Faktorstruktur hin (Tabelle 18). Die Variablen zur Steuer- und Sozialpolitik sowie zur Integration von Ausländer:innen sind mit dem Faktor negativ, die übrigen positiv korreliert. Demnach geht eine sozialstaatskritische Position tendenziell mit der stärkeren Forderung nach kultureller Anpassung von Ausländer:innen, einer Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten, einer Ablehnung der europäischen Integration sowie dem Vorrang von Wirtschaftswachstum gegenüber Klimaschutz einher – was der positiven Korrelation mit der Links-Rechts-Skala zufolge der rechten Seite des

4 Da die Positionen zur Einwanderungspolitik mit denen zur Integration von Ausländer:innen trotz ihrer thematischen Nähe nur mit 0,509 (2013), 0,513 (2017) und 0,56 (2021) korreliert sind, werden beide Items in die Analyse aufgenommen. Die ausgewählten Variablen erweisen sich mit Kaiser-Meyer-Olkin-Testwerten von 0,677 (2013), 0,686 (2017) und 0,75 (2021) als für eine Faktorenanalyse geeignet (vgl. Backhaus et al. 2018: 378f.).

politischen Spektrums entspricht. Mit einer linken Position geht demnach die genau entgegengesetzte Kombination politischer Positionen einher. Anhand der Faktorwerte lässt sich weiter ablesen, dass die Einstellung zur Migration sowie die zur kulturellen und zur europäischen Integration für diesen Faktor am entscheidendsten sind. Die Korrelation mit der Links-Rechts-Skala unterscheidet sich allerdings deutlich und nimmt, wie auch die bivariaten Korrelationswerte im Zeitverlauf zu. Tatsächlich steigen auch die Korrelationen aller fünf Variablen – abgesehen von der ohnehin bereits stark korrelierten Migrationsvariable – mit dem Faktor. Dies legt den Schluss nahe, dass das politische Konfliktfeld in jüngeren Jahren eindimensionaler geworden ist und *links* und *rechts* mithin ihre politische Orientierungsfunktion vergleichsweise besser erfüllen können.

Tabelle 18: Faktorenwerte des jeweils ersten Faktors in den drei Untersuchungsjahren sowie Korrelation des Faktors mit der Links-Rechts-Skala

Faktor	2013	2017	2021
	Faktorenwerte	Faktorenwerte	Faktorenwerte
	1. Faktor	1. Faktor	1. Faktor
Steuer- und Sozialpolitik	-0,256	-0,327	-0,413
Migrationspolitik	0,847	0,853	0,847
Klimapolitik	0,367	0,346	0,558
Integration Ausländer:innen	-0,587	-0,551	-0,590
Europäische Integration	0,496	0,551	0,626
<b>Korrelation mit Links-Rechts-Skala</b>	0,361	0,474	0,525

In einer weiteren Analyse wird überprüft, inwiefern die mit *links* bzw. *rechts* verbundenen Assoziationen der politischen Realität standhalten – ob also entsprechend verortete soziale Gruppen und Werte tatsächlich auf der linken bzw. rechten Seite des politischen Spektrums zu finden sind. In der offenen Bedeutungsabfrage im Rahmen des ALLBUS 2008 werden dahingehend für *links* vor allem die Gruppen »Arbeiter«, »Arbeitnehmer« »Unterschicht«, »Junge« sowie »Punks« genannt (Züll et al. 2010: 93). Mit *rechts* werden vor allem »Besserverdienende und Besizende«, »Unternehmer und Arbeitgeber«, ebenfalls »Junge« sowie »Skinheads« verbunden (Züll et al. 2010: 98).<sup>5</sup> Als *linke* Werte gelten vor allem »Gerechtigkeit«, »Solidarität«

5 Während die Zugehörigkeit zu den Gruppen »Punks« und »Skinheads« den Daten nicht zu entnehmen ist, lassen sich die anderen Gruppen aus den im Datensatz (GESIS 2015) ent-

und »Gleichheit« (Züll et al. 2010: 91f.). *Rechts* wird – jedenfalls im Befragungsjahr 2008 – in deutlich geringerem Umfang mit Wertvorstellungen verbunden, am ehesten noch mit »Ordnung« (Züll et al. 2010: 96).<sup>6</sup> Ein orientierungsstiftender Effekt kommt dem (Doppel-)Symbol demnach dann zu, wenn sich Personen anhand ihrer Wertvorstellungen *links* oder *rechts* verorten.<sup>7</sup>

Da die Assoziationen aus dem Jahr 2008 stammen, wird anhand der ALLBUS-Daten desselben Jahres überprüft, ob die sich die Mittelwerte der mit *links* oder *rechts* assoziierten sozialstrukturellen oder einer bestimmten Wertvorstellung zuneigenden Gruppen signifikant von den übrigen Befragten unterscheiden. Ein t-Test bestätigt die Erwartungen bis auf eine Ausnahme (Tabelle 19): Im Fall der Arbeiter:innen ist der Unterschied zu den anderen Berufsgruppen nicht nur nicht signifikant, Angehörige dieser Gruppe positionieren sich sogar minimal weiter rechts auf der Skala als die Komplementärgruppe. Die sowohl mit links als auch rechts assoziierten Jungen weisen in der Tat keine klare Neigung zu einer Position auf. Zwar verorten sie sich tendenziell weiter links auf der Links-Rechts-Skala als die übrigen Befragten. Allerdings ist der Unterschied nicht signifikant. Die übrigen sozialen Gruppen verhalten sich, wie assoziativ erwartet. Auch die Personen mit Wertpräferenz für Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit einerseits und Ordnung andererseits neigen – wie zuvor angenommen – eher der linken bzw. rechten Seite des politischen Spek-

---

haltenen Sozialstrukturdaten ermitteln: »Arbeiter« können anhand der beruflichen Stellung nach Terwey ermittelt werden (V770): In der Gruppe der »Arbeitnehmer« wird die Kategorie der »Arbeiter« mit der der »Angestellten« zusammengefasst. Die Zugehörigkeit zur »Unterschicht« wird anhand der subjektiven Schichteinstufung (V120) bestimmt, die »Jungen«, indem die Kategorie »18-29 Jahre« des kategorisierten Alters (V155) verwendet wird. Als »Selbstständige« werden die ersten drei Kategorien der beruflichen Stellung (V770) verwendet: »Selbstständiger Landwirt«, »Akademischer freier Beruf« und »Selbstständiger in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung u.a.«. Als »Besserverdienende« werden Personen verstanden, die – der Definition im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2021) folgend – wenigstens über das Doppelte des mittleren Nettoeinkommens (V386) verfügen.

- 6 Eine Wertpräferenz für »Gerechtigkeit«, »Solidarität« und »Gleichheit« wird in dieser Untersuchung dann angenommen, wenn der Aussage »Einkommen und Wohlstand sollten zu Gunsten der einfachen Leute umverteilt werden« (V28) voll und ganz oder eher zugestimmt wird. Die Befürwortung von »Ordnung« wird anhand des entsprechenden Inglehart-Items getestet (V101): Entsprechend gruppiert wird, wer »Ruhe und Ordnung« als wichtigstes Ziel der Politik nennt.
- 7 Orientierungsstiftung ist Grunde auch in umgekehrter Effektrichtung denkbar, wenn nämlich die *links*- oder *rechts*-Positionierung der Befragten Rückschlüsse auf deren Wertpräferenzen zulässt bzw. diese dabei unterstützt, entsprechende Präferenzen zu formulieren. In diesem Sinne untersuchen etwa Yuval Piurko, Shalom Schwartz und Eldad Davidov die Korrelationen zwischen Wertpräferenzen und der Links-Rechts-Positionierung in verschiedenen Staaten (2011).

trums zu, was für eine durch das (Doppel-)Symbol gestiftete Erwartungssicherheit spricht.

Tabelle 19: T-Test über die Gruppenmittelwerte  $\bar{x}$  auf der Links-Rechts-Skala

		$n$	$\bar{x}$	$s_x$	$t$	$p$
<b>Soziale Gruppe</b>						
Arbeiter:innen	Ja	949	5,12	1,779	0,725	0,234
	nein	1966	5,07	1,726		
Arbeitnehmer:innen	Ja	2337	5,03	1,751	-3,601	0,000
	nein	578	5,32	1,692		
Unterschicht	Ja	117	4,63	1,946	-2,619	0,005
	nein	2915	5,11	1,737		
Junge (18–29 Jahre)	Ja	473	5,01	1,642	-1,210	0,113
	Nein	2597	5,11	1,767		
Selbstständige	Ja	344	5,36	1,711	3,170	0,000
	Nein	2571	5,05	1,744		
Besserverdiener:innen	Ja	265	5,65	1,645	6,228	0,000
	Nein	2149	4,98	1,760		
<b>Wertepreferenz</b>						
Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit	Ja	2105	4,93	1,752	-8,003	0,000
	nein	962	5,46	1,686		
Ordnung	Ja	815	5,37	1,732	5,398	0,000
	nein	2245	4,99	1,748		

Niedrigere Mittelwerte zeigen Positionen weiter links, höhere weiter rechts auf der Skala an.

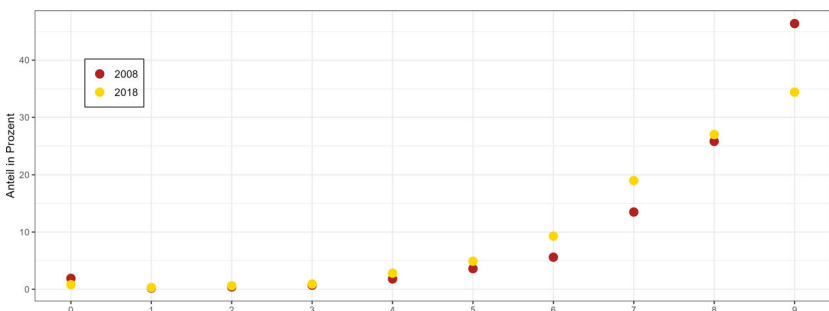
## Vermittlung eines politischen Optionsraums

Dass die symbolischen Repräsentanten eine politische Positionierung grundsätzlich erlauben, ist im Fall von *links* und *rechts* augenfällig. Interessanter ist insofern die Frage, ob der prinzipiell eröffnete politische Optionsraum auch genutzt werden kann, ob also beispielsweise politische Akteure zum Symbol positioniert werden können. Ein Großteil der Befragten weiß sich – wie bereits weiter oben ge-

zeigt wurde – auf dem Links-Rechts-Spektrum zu verorten. Fast ebenso ausgeprägt ist die Fähigkeit, politische Akteure einer entsprechenden Position zuzuordnen. Im Jahr 2008 gelang es immerhin 77,1 Prozent der Befragten, für jede der abgefragten Parteien eine Skalenposition zu nennen. 2018 waren es sogar 83,1 Prozent. Nur 10 (2008) bzw. 5,7 Prozent (2018) konnten oder wollten keine der Parteien auf der Links-Rechts-Skala verorten.

Entscheidend für eine tatsächliche Nutzung des Symbolraums ist nicht nur, dass die Akteure – in diesem Fall die politischen Parteien – überhaupt auf der Skala platziert werden können, sondern inwiefern das Skalenspektrum ausgeschöpft wird. Zu diesem Zweck werden die durch die Befragten vorgenommenen Platzierungen von Parteien miteinander verglichen. Aus dem jeweils höchsten (also rechtsgerichteten) und dem jeweils niedrigsten (also linksgerichteten) Wert ergibt sich das auf der 10-Punkte-Skala genutzte Spektrum. Im ALLBUS besteht eine entsprechende Datengrundlage für 2008 und 2018, sodass auch ein Zeitvergleich möglich ist. Abgefragt werden die Parteipositionen von CDU, CSU, SPD, FDP, Linke, Grüne sowie NPD (2008) bzw. AfD (2018). Für ihre Angaben nutzten die meisten Befragten fast das gesamte Spektrum zwischen links (0) und rechts (10) (Abbildung 10). Immerhin 46,4 (2008) bzw. 34,4 Prozent (2018) nutzten sogar die maximal mögliche Differenz zwischen linken und rechten Parteien aus. Erläuternd muss hinzugefügt werden, dass im Jahr 2008 mit der NPD eine eindeutiger am äußersten rechten Rand stehende Partei zur Auswahl stand als im Jahr 2018 mit der AfD.

Abbildung 10: Anteil der Differenz zwischen der am weitesten links und am weitesten rechts verorteten Partei



Noch direkter kann die Relevanz des Optionsraums mithilfe der im ALLBUS 2021 enthaltenen Frage zur Konfliktintensität untersucht werden. Die Befragten geben auf einer 4-stufigen Skala an, inwiefern sie den Konflikt »[z]wischen politisch links und politisch rechts stehenden Leuten« (GESIS 2023) als nicht vorhanden (1),

eher schwach (2), ziemlich stark (3) oder sehr stark (4) wahrnehmen. Das Ergebnis lässt sich mit den Konfliktintensitäten anderer potenzieller Konflikte – etwa »Hauptschulabsolventen vs. Akademiker«, »Jung vs. Alt« oder »Arm vs. Reich« (pco6) – vergleichen.

Die Wahrnehmung des Links-Rechts-Gegensatzes als besonders polarisierter Konflikt spricht für eine symbolisch-funktionale Repräsentation im Sinne der Öffnung eines politischen Optionsraums. Im ALLBUS 2021 gaben immerhin 92,8 Prozent der Befragten an, dass der Konflikt zwischen politisch links und rechts verorteten Personen ziemlich oder sogar sehr stark sei. Der Links-Rechts-Gegensatz ist damit der mit Abstand am stärksten akzentuierte. Allen anderen zur Auswahl stehenden Konflikten wurde eine entsprechende Polarisierung von – in den meisten Fällen deutlich weniger – als 80 Prozent der Befragten bescheinigt.

Zusammengefasst weisen *links* und *rechts* einen im gesamten Untersuchungszeitraum hohen und zuletzt sogar steigenden Wiedererkennungswert auf. Obgleich sich kein einheitlicher Symbolgehalt nachweisen lässt, haben die meisten Nutzer:innen eine Vorstellung davon, was sich mit den Begriffen verbindet und können sie zur politischen Orientierung nutzen. Die jüngere Entwicklung zeigt zudem, dass die Kohärenz der mit *links* und *rechts* assoziierten Inhalte steigt, was möglicherweise zwar die symbolische Offenheit einschränkt, der Popularität des (Doppel-)Symbols aber keinen Abbruch tut. Insofern können *links* und *rechts* insgesamt als wirkmächtige symbolische Repräsentanten gelten.



## 4. Möglichkeiten und Grenzen der Anwendbarkeit (Zwischenfazit)

---

Ziel dieses letzten Hauptkapitels war es, die methodologische Praxistauglichkeit der Begriffsstudie zu überprüfen – also die in den ersten Kapiteln herausgearbeiteten theoretischen Erkenntnisse in konkrete methodische Schlussfolgerungen zu übersetzen. Auf Basis dieser Vorüberlegungen habe ich ein fünfschrittiges Verfahren vorgeschlagen, das den einer empirischen Repräsentationsanalyse vorangehenden methodologischen Entscheidungsprozess systematisieren soll. Diese begriffsgeleitete Vorgehensweise wurde am Beispiel von zwei sehr unterschiedlichen Repräsentationszusammenhängen einem ersten Anwendungstest unterzogen und hat sich dabei in mehrerlei Hinsicht als hilfreich erwiesen:

1. **Begriffstreue:** Zentrales Anliegen dieser Studie ist es, Repräsentation auf eine Weise analysierbar zu machen, die ihren begrifflichen Besonderheiten gerecht wird. Die in Kapitel C herausgearbeiteten konzeptionellen Rahmenbedingungen und generellen Charakteristika stellen hierfür mögliche Leitplanken dar. Sie können dabei helfen, Repräsentation nicht auf einzelne Mechanismen und Eigenlogiken zu reduzieren, sondern ihr gesamtes Wirkungsspektrum zu berücksichtigen. So wird etwa in beiden Beispielen deutlich, dass es für ein umfängliches Verständnis der Repräsentationsbeziehungen notwendig ist, ihre Prozesshaftigkeit, Kontextabhängigkeit und Wechselseitigkeit zu berücksichtigen. Umgekehrt können die analytischen Leitplanken dazu dienen, der Repräsentation keine Ansprüche aufzuerlegen, die sie eigentlich nicht erfüllen kann (und soll) – etwa eine vollständige inhaltliche *Kongruenz* oder eine Eindeutigkeit der symbolischen Repräsentanten.
2. **Evaluiierbarkeit:** Repräsentationen im Allgemeinen und spezifische Repräsentationsverhältnisse im Besonderen sind ad hoc weder gut noch schlecht, sondern nur vor dem Hintergrund konkreter normativer Erwartungen zu beurteilen. Aus diesem Grund wird in dieser Begriffsstudie ein funktionaler Zugriff präferiert: Politische Repräsentationen dienen demnach keinem einheitlichen Ziel, sondern sie können verschiedene Funktionen erbringen, an deren Erfüllung sich ihr Gelingen evaluierbar machen lässt. Dieser Funktionsfokus ist nicht

zuletzt dann von Bedeutung, wenn es – wie im empirisch noch wenig erschlossenen symbolischen Kontext – darum geht, mögliche Evaluationskriterien überhaupt zu identifizieren. Er kann aber auch – wie im bereits wohlbekannten Fall der Zielrepräsentation – dabei helfen, bestehende Untersuchungsinstrumente begründet auszuwählen und zu schärfen.

3. **Variabilität:** Indem die Funktionstypologie von einer Mehrzahl grundsätzlich erbringbarer Funktionsleistungen ausgeht, verzichtet sie auf eine Hierarchisierung. Auf diese Weise ist die Systematik anschlussfähig an sehr unterschiedliche normative (Demokratie-)Theorien, Repräsentationskontexte und konkrete Fragestellungen. Durch die generelle Entscheidung für einen breiten oder sehr spezifischen Fokus sowie die Auswahl und Gewichtung bestimmter Funktionsaspekte lassen sich maßgeschneiderte Evaluationskriterien für eine Vielzahl von Repräsentationszusammenhängen und ihre theoretische Rahmung formulieren. So wird die symbolische Repräsentation im empirischen Beispiel auf ihre Orientierungsfunktion reduziert, während der Integrationsaspekt unberücksichtigt bleibt. Bei der Zielrepräsentation wird hingegen der Aspekt der Zielkonstruktion bewusst ausgeklammert. An diesem Beispiel wird zudem deutlich, dass die normativ-theoretische Grundierung der Analyse unterschiedliche Repräsentationsziele ins Zentrum des Interesses rücken kann.
4. **Kontextualisierung:** Das mehrdimensionale Funktionsverständnis als Ausgangspunkt der Analyse sensibilisiert aber auch dafür, dass neben den gewählten noch weitere – gleichermaßen funktionale – Effekte der Repräsentation denkbar sind. Indem sie das gesamte mögliche Funktionsspektrum der Repräsentation aufzeigt, kann die Typologie nicht nur helfen, die jeweils zur Analyse passenden Aspekte zu identifizieren, sondern auch dabei, den Repräsentationskontext nicht aus den Augen zu verlieren. So wird etwa deutlich, dass das Gelingen von Repräsentationen jeweils nur für die konkret untersuchten Funktionsaspekte beurteilt werden kann, während darüber hinausreichende Aussagen weitere Analysen erfordern. Die analytische Trennung der Funktionsbereiche hat den Vorteil, dass deren Spezifika sehr viel präziser berücksichtigt werden können. Sie kann aber auch zum Ausgangspunkt einer die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Repräsentationsaspekten in den Blick nehmenden Analyse werden. Am deutlichsten zeigt sich dies im konkreten Fall an der Doppelrolle von *links* und *rechts* als Substanz politischer Zielvertretung einerseits und symbolischer Repräsentant andererseits. Dass und wie die Begriffe überhaupt zum Vehikel politischer Inhalte taugen, ist erst mit Blick auf ihre symbolisch-repräsentierende Wirkungsweise verständlich. Umgekehrt erhöht sich die symbolische Präsenz, wenn ein Symbol auch für die politische Zielvertretung relevant ist.

Für die konkrete Anwendung liefert die vorgelegte Begriffsstudie ein zunächst relativ abstraktes und allgemeines Gerüst, das erst durch die Auswahl spezifischer Funktionsaspekte an Eindeutigkeit gewinnt und auch dann noch viele Optionen offenlässt. Diese Offenheit ist einerseits eine bewusste Entscheidung, um die Systematik für möglichst viele verschiedene theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen fruchtbar zu machen. Andererseits ist sie aber auch der Heterogenität des Repräsentationskonzepts geschuldet, dessen Spektrum sich nicht auf eine einzige Funktion reduzieren lässt und deren Wirkungsweisen nicht mit einer einzigen Methode untersucht werden können. Dennoch geht die Intention, Repräsentation in ihrer ganzen konzeptionellen Breite zu berücksichtigen, zulasten der konkreten Präzision. Insofern hat der hier vorgelegte Systematisierungsansatz auch seine natürlichen Grenzen:

1. Für die Untersuchung eines konkreten Repräsentationsproblems liefert die Systematik nicht das eine passende Werkzeug, sondern nur den methodologischen Rahmen, ein solches Werkzeug zu entwickeln oder zu prüfen. Sie erlaubt eine Orientierung, mit welchen Instrumenten ein bestimmter Aspekt der Fragestellung analysierbar gemacht werden kann. Die Entscheidung, mit welcher konkreten Methode welcher konkrete Gegenstand in welchem konkreten Kontext in den Blick genommen werden soll, kann – und soll – diese Arbeit dem:der Forschenden aber nicht abnehmen. Dies erscheint schon deshalb als nicht erstrebenswert, weil eine Standardisierung der Methodenvielfalt den möglichen Erkenntnisraum der Repräsentationsforschung unnötig einschränken würde. Das gilt insbesondere für die Entscheidung für einen qualitativen oder quantitativen Untersuchungsansatz. Denn auch wenn diese Arbeit mit dem Ziel der Messbarmachung von Repräsentation einen tendenziell quantitativen Fokus verfolgt, so lassen sich die formulierten Kriterien ganz überwiegend auch durch qualitativ-orientierte Analysedesigns in den Blick nehmen.
2. Der Vielfalt der Ansätze entsprechend kann und soll die Systematisierung die Bewertung möglicher Ergebnisse nicht vorwegnehmen. Ob Repräsentation gelingt, hängt zu stark vom theoretischen und praktischen Kontext ab, als dass ein pauschales Kriterium überhaupt sinnvoll formulierbar wäre. So spricht zwar beispielsweise vieles dafür, der Bekanntheit und subjektiven Anerkennung der Repräsentation durch die Repräsentierten (oder die Adressierten) einen zentralen Stellenwert beizumessen. Andererseits blendet die Beschränkung auf dieses Kriterium die von den Repräsentierten möglicherweise gar nicht wahrgenommenen Leistungen der Repräsentation aus – etwa eine symbolisch gestiftete Interpretationsgemeinschaft oder die Konstruktion politischer Interessen. Ziel dieser Arbeit ist es deshalb vielmehr, Interpretationshilfen zur Verfügung zu stellen, woran eine gelingende Repräsentation überhaupt erkennbar sein könnte.

3. Fokus der hier vorgelegten Analyse ist es, Repräsentation messbar oder – anders formuliert – ihr Gelingen beurteilbar zu machen. Eine solche Untersuchung kann durchaus bereits erste Hinweise auf die Ursachen scheiternder Repräsentation oder Missrepräsentation geben. Sie kann und soll allerdings die spezifische Problemdiagnose oder gar die Prüfung verschiedener Handlungsoptionen nicht ersetzen.

Diesen Einschränkungen zum Trotz kann die hier vorgeschlagene Analysesystematik als hilfreiche Grundlage und Orientierungsrahmen empirischer Forschungsvorhaben zur politischen Repräsentation dienen. Sie kann dabei helfen, die spezifischen Aspekte der jeweiligen Fragestellung herauszuarbeiten, zur Untersuchung passfähige Werkzeuge zu konstruieren und die Ergebnisse in einer dem theoretischen Konzept angemessenen Weise zu interpretieren.